



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Referat Öffentlichkeitsarbeit · 11055 Berlin
E-Mail: service@bmub.bund.de · Internet: www.bmub.bund.de

Redaktion

BMUB, Referat SW I 4, Susanne Glöckner

Fachliche Beratung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Referat I 4, Juliane Wagner

Fachliche Bearbeitung und Text

Kerstin Jahnke, Kerstin Stelmacher, Hedwig Dylong, Cherin Aref Omar
Planergemeinschaft Kohlbrenner eG, Berlin

Gestaltung

Planergemeinschaft Kohlbrenner eG, Berlin

Druck

Spree Druck Berlin GmbH, Berlin

Bildnachweise

Siehe Seite 43

Stand

Juni 2016

1. Auflage

2.000 Exemplare

Bestellung dieser Publikation

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09 · 18132 Rostock
Tel.: 030 / 18 272 272 1 · Fax: 030 / 18 10 272 272 1
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmub.bund.de/bestellformular

Hinweis

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Gedruckt auf Recyclingpapier.

Inhalt

VORWORT	5
<hr/>	
EINLEITUNG	6
<hr/>	
1 UMWELTGERECHTIGKEIT UND SOZIALE STADT	7
<hr/>	
Umweltgerechtigkeit – Benachteiligung entgegenwirken	7
Soziale Stadt – Mehrfach belastete Quartiere im Fokus	7
Handeln für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt	8
Akteure und Kooperationen	10
Handlungsfelder	11
2 GUTE BEISPIELE AUS DER PRAXIS	12
<hr/>	
Urbaner Wald, Leipzig	14
Mombacher Abenteuerwald, Mainz	16
Travertinpark, Stuttgart	18
Interkultureller Permakulturgarten, Hamburg	20
Gemüsewerft, Bremen	22
Klimaschutzquartier Gaarden, Kiel	24
KiezKlima, Berlin	26
Gartenstadt Drewitz, Potsdam	28
Lärmschutzmaßnahme Bahlsen, Barsinghausen	30
Wohnen am Ring, München	32
Schule im Wald®, Berlin	34
Unser Hahnenbach und Zauberwelt Wasser, Emschertal	36
Gesundheitsnetzwerk, Nürnberg	38
Bausteine für Umweltgerechtigkeit	40
3 PERSPEKTIVEN FÜR UMWELTGERECHTIGKEIT	42
<hr/>	
BILDNACHWEISE	43
<hr/>	





Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Umweltgerechtigkeit wird als ein Ziel der Stadtentwicklung in Deutschland erst allmählich wichtiger. Bei dem Thema geht es nicht nur um die Belange des Umweltschutzes, sondern um die komplexen Zusammenhänge von Umweltqualität, sozialer Lage und Gesundheit, die integriert zu betrachten sind. Es geht darum, räumlich konzentrierte, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen zu vermeiden und allen Menschen einen gerechten Zugang zu den Umweltressourcen zu ermöglichen.

In benachteiligten Quartieren ist dies besonders relevant. Studien belegen den räumlichen Zusammenhang von hoher Umweltbelastung und geringem sozialen Status. Bewohnerinnen und Bewohner von sozial und wirtschaftlich benachteiligten Gebieten sind oft deutlich stärker von negativen Umwelteinflüssen betroffen. Verbunden ist dies mit entsprechenden Gesundheitsrisiken: verkehrsbedingter Lärm, Luftschadstoffe, bioklimatische Belastungen, zu wenig Spielmöglichkeiten für Kinder und mangelnde attraktive Grün- und Freiflächen, um sich vor der Haustür zu erholen, zu bewegen und zu begegnen.

Viele solcher Stadtteile sind Fördergebiete der „Sozialen Stadt“. Das Städtebauprogramm ist erprobt und erfolgreich im Umgang mit sozialräumlichen Mehrfachbelastungen in betroffenen Quartieren. Es bietet hilfreiche Instrumente und kann einen Beitrag zu mehr Umweltgerechtigkeit leisten. Denn mit dem Programm wird ein integrierter Ansatz verfolgt. Es führt verschiedene Handlungsfelder zusammen, um komplexe Problemlagen zu lösen. Auch sind die für Umweltgerechtig-

keit relevanten Themen wie Zugang zu Freiflächen, Gesundheitsprävention, Sport- und Bewegungsförderung oder auch Verkehrsberuhigung oft schon Teil der Projekte vor Ort.

Oft wurde das Thema Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt eher implizit verfolgt. Daher haben wir das Ziel Umweltgerechtigkeit in die diesjährige Verwaltungsvereinbarung explizit aufgenommen. So können vor Ort maßgeschneiderte Lösungen entwickelt werden, die den komplexen, sozialräumlichen Zusammenhang von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage im Fokus haben. Außerdem gibt es mehr „Grün in der Stadt“ als Schwerpunkt unserer Stadtentwicklungspolitik.

Darüber hinaus ist es wichtig, die vielen guten Erfahrungen und erfolgreichen Ansätze für mehr Umweltgerechtigkeit bekannter zu machen. Viele Städte und Gemeinden setzen das Thema bereits erfolgreich in der „Sozialen Stadt“ um. Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen mit gelungenen Strategien und Maßnahmen aus der Praxis zeigen, wie das komplexe und für viele noch neue Handlungsfeld Umweltgerechtigkeit in den Quartieren umgesetzt werden kann. Sowohl den Verantwortlichen in Ländern und Kommunen, als auch den Akteuren in den Quartieren möchten wir Anstoß und Anregungen für die Arbeit vor Ort geben.

Barbara Hendricks

Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Einleitung

Noch ist Umweltgerechtigkeit in der Stadtentwicklung ein junges Thema in Deutschland. Doch zunehmend erfährt der Ansatz Beachtung in der Fachöffentlichkeit. Umweltgerechtigkeit nimmt die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage, Umweltqualität und Gesundheit in den Blick und dies mit dem Ziel, räumlich konzentrierte, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen zu vermeiden oder zu vermindern und einen gerechten Zugang zu Umweltressourcen zu schaffen. Eine besondere Relevanz erhält der Ansatz der Umweltgerechtigkeit für sozial benachteiligte Gebiete im städtischen Raum, denn gerade dort sind die Bewohnerinnen und Bewohner stärker von Umweltbelastungen betroffen – durch Lärm, Luftverschmutzung und fehlende attraktive Grünräume. Oftmals handelt es sich dabei um Programmgebiete der Sozialen Stadt.

Der integrierte Programmansatz der Sozialen Stadt bietet gute Voraussetzungen, die für Umweltgerechtigkeit relevanten Handlungsfelder Grünflächenversorgung, Gesundheits- und Bewegungsförderung und Bildung zusammenzuführen. Das Programm ist geübt in ressortübergreifender Zusammenarbeit und in der Bündelung weiterer Programme und Initiativen. Der Ansatz der Umweltgerechtigkeit bietet eine thematische Erweiterung der Sozialen Stadt zum Abbau sozialräumlicher Ungleichheit und ist eine „neue Brille“, um dabei Gesundheits- und Umweltaspekte stärker in den Blick zu nehmen.

Was zeigt die Praxis der Sozialen Stadt in den Ländern, Kommunen und Quartieren? Wie ist der Ansatz der Umweltgerechtigkeit in der Programmumsetzung angekommen? Im Forschungsprojekt Umweltgerech-

tigkeit in der Sozialen Stadt wurden Praxisbeispiele recherchiert, die Zielsetzungen der Umweltgerechtigkeit aufgreifen. Die Auswahl wurde methodisch auf Grundlage von Befragungen der Programmverantwortlichen in den Ländern und in von den Ländern empfohlenen Kommunen sowie anhand einer Auswertung von Datenbanken zur Städtebauförderung getroffen. Aus über 100 recherchierten Praxisbeispielen wurden die in dieser Broschüre vorgestellten 13 guten Praxisbeispiele ausgewählt und in persönlichen Interviews mit Projektakteuren von Verwaltung, Trägern, Quartiersmanagements und Bewohnerschaft vertiefend untersucht.

Aus den Befragungen der Länder und Kommunen ließen sich auch Schlussfolgerungen zur Situationsanalyse und zur Perspektive der Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt ziehen. Sehr deutlich wurde dabei: Ansatz und Begriff der Umweltgerechtigkeit werden bislang selten explizit verwendet und teilweise sogar missverständlich gebraucht. Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass Umwelt- und Gesundheitszielsetzungen im Rahmen des integrierten Ansatzes der Sozialen Stadt schon länger verfolgt werden und es häufig genau diese Maßnahmen sind, die auch für mehr Umweltgerechtigkeit wirken.

Die Broschüre beginnt mit einer kurzen thematischen Zusammenfassung zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt, in die Ergebnisse aus den Befragungen des Forschungsvorhabens eingeflossen sind. Den Hauptteil bilden die Portraits der 13 guten Praxisbeispiele. Schließlich gibt das Heft am Ende einen Ausblick auf Perspektiven für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt.





1 Umweltgerechtigkeit und Soziale Stadt

Umweltgerechtigkeit – Benachteiligung entgegenwirken

Umweltgerechtigkeit ist ein erklärungsbedürftiger Begriff. Oftmals, so zeigen viele Reaktionen der Befragten, ist er in der Stadtentwicklungspraxis zu sperrig und zu wenig konkret untersetzt. Auffällig häufig wird der Begriff vorrangig mit Anliegen des Umweltschutzes assoziiert. Tatsächlich ist eine allgemein verbindliche Definition noch nicht vorhanden. Für den Stadtentwicklungszusammenhang ist die vom Deutschen Institut für Urbanistik im Forschungsvorhaben „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ (Umweltbundesamt 2015) entwickelte Definition jedoch gut anwendbar.

Demnach kann Umweltgerechtigkeit verstanden werden als „Vermeidung und Verminderung der räumlichen Konzentration von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen sowie als Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen“. Im Zusammenhang von sozialer Lage, Umweltqualität und Gesundheit werden verhältnisbedingte Gesundheitsaspekte in den Blick genommen, denn schon lange

ist bekannt und wissenschaftlich belegt, dass die soziale Lage über den Gesundheitszustand eines Menschen mitentscheidet und die Lebenserwartung beeinflusst.

Der Ansatz der Umweltgerechtigkeit liefert neue Begründungszusammenhänge, um in der integrierten Stadtentwicklungsplanung eine stärkere Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen zu bewirken. In den USA, wo die Debatte um Umweltgerechtigkeit (environmental justice) ihren Ursprung hat und sehr präsent ist, sind die sozialen und räumlichen Ungleichheiten von Wohnquartieren wesentlich stärker ausgeprägt als in Deutschland. Eine direkte Übertragung des Konzeptes ist daher kaum möglich. Vielmehr sollte Umweltgerechtigkeit als eine erweiterte Sicht auf die sozialräumlichen Probleme, die den Menschen und seine Lebensbedingungen in den Mittelpunkt stellt, verstanden und für die konkreten Bedingungen in den Quartieren angewendet werden.

Soziale Stadt – Mehrfach belastete Quartiere im Fokus

Seit 1999 nimmt das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt Quartiere in den Blick, die gegenüber der gesamtstädtischen Entwicklung benachteiligt sind. Auf Quartiersebene wird daran gearbeitet, die Lebensbedingungen der Bewohnerschaft, deren gesellschaftliche Chancen und Teilhabe zu verbessern. Die Benachteiligungen werden dabei vor allem über sozialstrukturelle Indikatoren und städtebauliche Missstände definiert. Doch verschiedene Untersuchungen zeigen, dass

gerade diese Quartiere weiteren Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind, die bisher noch wenig konkret erfasst werden. Dazu gehören auch Umweltbelastungen, wie zum Beispiel Lärm durch Ausfallstraßen und Einflugschneisen von Flughäfen, Luftschadstoffe durch starkes Verkehrsaufkommen, thermische Belastungen durch einen hohen Versiegelungsgrad und eine mangelhafte Versorgung mit attraktiven Grün- und Freiflächen.



Mit dem integrierten Ansatz des Programms Soziale Stadt wird die Überlagerung verschiedener Probleme und Belastungen betrachtet, woraus Lösungsansätze in den integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten entwickelt und über vielfältige Projekte umgesetzt werden. Dabei bietet auch die Kombination von investiven mit investitionsbegleitenden Maßnahmen, zum Beispiel Bildungs-, Netzwerk- und Kooperationsarbeit, gute Voraussetzungen, der Mehrdimensionalität von Problemlagen gerecht zu werden. Zudem birgt die Mit-

telbündelung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt die Chance, weitere Ressourcen für die Quartiere aufeinander abgestimmt einzusetzen.

Das Programm Soziale Stadt hat sich mit seinen Instrumenten im Umgang mit sozialräumlichen Mehrfachbelastungen bewährt. Es ist daher bestens aufgestellt, um Lösungsansätze für Umweltgerechtigkeit zu entwickeln.

Handeln für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

Die Soziale Stadt verkörpert wie kein anderes Programm der Städtebauförderung den Anspruch des ressortübergreifenden Zusammenarbeitens. Damit fordert sie ein, Zuständigkeitsgrenzen zu überschreiten und mit sozialräumlichem Blick gemeinsam für ein Gebiet zu wirken. Der ressortübergreifende Ansatz und das gemeinsame Agieren der Planungs-, Umwelt- und Gesundheitsressorts ist gleichzeitig die Grundlage des Handelns für mehr Umweltgerechtigkeit in den Kommunen.

Obwohl selten durch eine umfassende Analyse belegt, sehen die befragten Kommunen eine Mehrfachbelastung der Programmgebiete auch hinsichtlich der Umwelt- und Gesundheitsfaktoren. Dennoch ist Umweltgerechtigkeit bisher in den wenigsten Kommunen explizit Bestandteil der Programmumsetzung in der Sozialen Stadt. Die implizite Umsetzung der Umweltgerechtigkeit ist dagegen längst Praxis in den Programm-

gebieten. Fast alle befragten Kommunen gaben an, dass bereits Projekte umgesetzt werden, die im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken, verwenden aber nicht diesen Begriff.

Aus der Befragung wird auch deutlich, dass für entsprechende Maßnahmen verschiedene Fördermittel gebündelt werden. Dabei kommen sowohl Bundesmittel und Förderprogramme aus anderen Ressorts, beispielsweise aus dem Umweltbereich, als auch Länder- und kommunale Programme sowie Mittel der Krankenkassen zum Einsatz. Vielfach gelingt es, verschiedene Mittel zu bündeln, zum Beispiel städtebauliche Programme mit der Gesundheitsförderung, und dabei auch Stiftungen einzubinden. Über die Kopplung von baulichen und sozial-integrativen Maßnahmen wie in Bundesländern, die eine zusätzliche Förderung über EU- oder Landesmittel einsetzen, sind Verbundprojekte möglich. So werden zum Beispiel neue attraktive Grünflächen mit

gleichzeitigem niedrighschwelligem Angebot zur Bewegungsförderung geschaffen.

Eine Herausforderung für gezieltes Handeln im Sinne der Umweltgerechtigkeit stellt die fundierte Beurteilung von Mehrfachbelastungen auf kleinräumiger Ebene dar. Die entsprechende Verfügbarkeit und der Aufwand für die Erhebung von Umwelt-, Gesundheits- und Sozialdaten sind in den Kommunen sehr unterschiedlich. Während vielerorts auf soziale Daten zurückgegriffen werden kann, liegen Umweltdaten in sehr unterschiedlicher Qualität vor, und insbesondere Gesundheitsdaten sind auf kleinräumiger Ebene schwer zugänglich.

Die Stadt Berlin hat sich dieser Herausforderung gestellt und in einem bundesweit einmaligen Modellvorhaben die integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption mit einer kleinräumigen Analyse und der Entwicklung von Indikatoren vorangebracht. Die 447 Planungsräume Berlins wurden beispielhaft anhand von vier Kernindikatoren (Lärm, Luftbelastung, Bioklima, Grünversorgung) ausgewertet und hinsichtlich der Belastung in drei Kategorien (gut, mittel, schlecht) zusammengefasst. Als fünfter Indikator wurde die soziale Lage auf der Grundlage des Monitorings Soziale Stadtentwicklung analysiert. Durch die Überlagerung

der Indikatoren entsteht eine prägnante sozialräumliche Analyse, in der die Belastungssituation dargestellt ist. Es zeigt sich, dass ein Großteil der Gebiete mit einer hohen sozialen Problematik gleichzeitig von starken gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen betroffen ist. Handlungsoptionen im Sinne der Umweltgerechtigkeit werden in Berlin vor allem innerhalb städtebaulicher Programme gesehen, da viele der mehrfach belasteten Gebiete Bestandteil von Gebietskulissen der Städtebauförderung sind.

Es entspricht dem Programm Soziale Stadt und dem übergeordneten Ziel einer nachhaltigen sozial gerechten Stadtentwicklung, die Lebensbedingungen der Menschen in benachteiligten Quartieren zu verbessern. Handeln für mehr Umweltgerechtigkeit trägt dazu bei. Mit entsprechenden Maßnahmen können aber auch Gebietsaufwertungen und Mietensteigerungen einhergehen, die unerwünschte Dynamiken auslösen. Daher ist es auch im vorliegenden Kontext wichtig zu reflektieren, wie Handeln im Sinne der Umweltgerechtigkeit langfristig für die sozial benachteiligte Bewohnerschaft wirken kann und wie deren Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu gewährleisten ist.



Akteure und Kooperationen

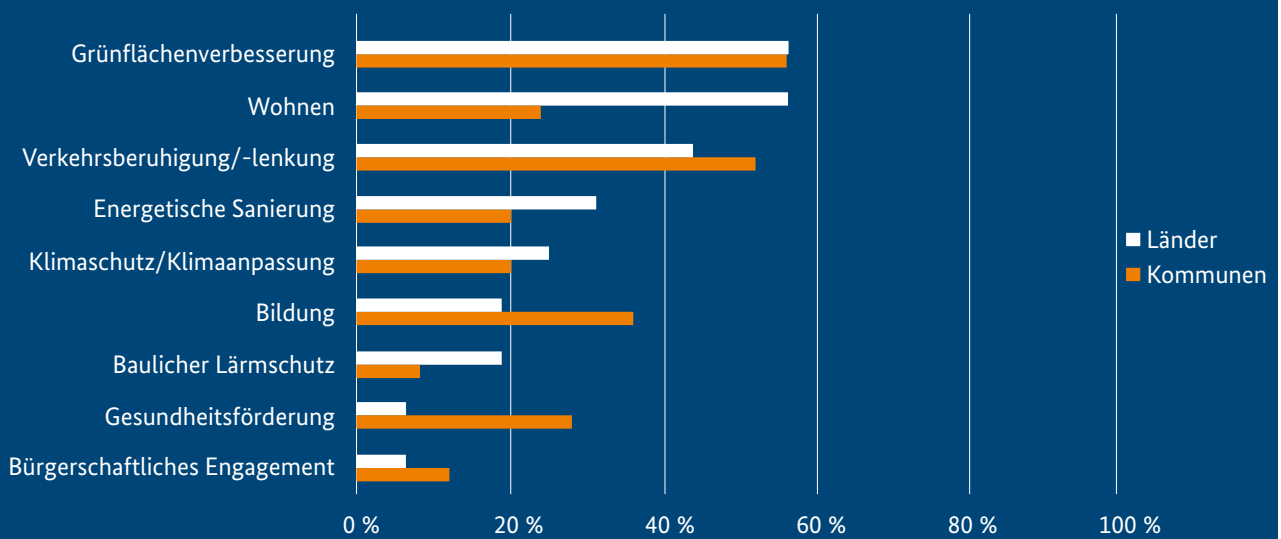
Wesentliche Impulse für mehr Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt kommen aus den Ministerien und Behörden des Bundes, der Länder und Kommunen sowie aus der Zivilgesellschaft und von Umweltverbänden. Schlüsselakteure sind die Umweltministerien und auf kommunaler Ebene vor allem die Umwelt-, Grünflächen-, Stadtplanungs- und Gesundheitsämter, Bewohnerinnen und Bewohner und kleinere Träger, oftmals aus den Bereichen Soziales, Umwelt und Bildung. Das zeigen die Befragungen und die bundesweit recherchierten Beispiele. In selteneren Fällen impulsgebend, aber vielfältig unterstützend, treten Krankenkassen, Stiftungen, Wohnungswirtschaft und Initiativen sowie kommunale und privatwirtschaftliche Unternehmen auf. Eine Chance für mehr Umweltgerechtigkeit sehen viele Kommunen, wenn eine stärkere Einbindung von Wirtschaftsverbänden und -unternehmen sowie von Trägern der Wohlfahrtspflege und Krankenkassen für das Thema gelingen würde. In einigen Projekten hat sich gezeigt, dass das Thema Umweltgerechtigkeit zu neuen, spannenden Kooperationen einlädt, wie etwa zwischen Krankenkassen und Stadtplanung, zum Beispiel im Gesundheitsnetzwerk in Nürnberg, oder zwischen Wasserwirtschaft und Bildungseinrichtungen, wie im Praxisbeispiel Emschertal.

In Kommunen mit eingeführten ressortübergreifenden Kooperationen sind die Voraussetzungen für zielgerichtetes und integriertes Handeln im Sinne der Umweltgerechtigkeit besser. Erprobte und bewährte Kooperationserfahrungen zählen sich auch in diesem Handlungsfeld aus. Schwierig hingegen gestalten sich entsprechende Vorhaben, wenn diese Basis fehlt. Häufig ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Stadtplanungs-, Umwelt- und Grünflächenämtern sowie den Gesundheitsressorts noch wenig eingespielt und ausbaufähig. Dass sich das durch gute Praxis nachhaltig ändern kann, verdeutlicht das Hamburger Praxisbeispiel Interkultureller Permakulturgarten.

Die Quartiersmanagements haben bei der Umsetzung von Projekten zur Umweltgerechtigkeit oftmals eine Schlüsselrolle. Sie stellen die Verbindungen zu und zwischen lokalen Akteuren her, moderieren Beteiligungsverfahren und organisieren die Schnittstellen zwischen Ämtern, Bewohnerschaft, sozialen Trägern und Unternehmen. Mit ihren Kompetenzen kommt der Umweltgerechtigkeit eine wesentliche Stärke des Programms Soziale Stadt zugute.



Wichtigste Handlungsfelder zur Umweltgerechtigkeit aus Sicht der befragten Länder und Kommunen



Quelle: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG, Datengrundlage: eigene Erhebung

Handlungsfelder

Die Zielsetzung der Umweltgerechtigkeit erfordert ein integriertes Denken und Handeln, denn es gilt, dem Zusammenhang von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage gerecht zu werden. Zielführende Maßnahmen dafür können in verschiedenen Handlungsfeldern verortet sein. Entscheidend sind dabei die ermittelten konkreten Handlungsbedarfe aus den Sozialen Stadt-Gebieten. Maßnahmenbündel, wie sie für die Soziale Stadt typisch und vielfach erprobt sind, eignen sich auch, um Ansätze für mehr Umweltgerechtigkeit zu verfolgen.

Die Befragung der Länder und ausgewählter Kommunen macht diese Mehrdimensionalität deutlich. Als wichtigstes Handlungsfeld im Rahmen der Sozialen Stadt stellten die Befragten die Neuanlage und Verbesserung von Grün- und Freiflächen heraus. Dies ermöglicht Bewohnerinnen und Bewohnern aus den benachteiligten Stadtquartieren den Zugang zu Grünflächen als Umweltressource und verschafft ihnen gleichzeitig qualifizierte Möglichkeiten für Bewegung und Aufenthalt im Freien. Durch die Anlage neuer Grünflächen werden zudem stadtklimatische und gesundheitsrelevante thermische Belastungen verringert, wie das Beispiel Leipzig Urbaner Wald zeigt. Dieses Handlungsfeld gehört zu den klassischen Aufgabenfeldern der Sozialen Stadt.

Für die ebenfalls als sehr wichtig eingestuften Handlungsfelder Wohnen und Verkehr wird die Umsetzung

für die meist sehr kostenintensiven Maßnahmen durch andere Programme zum Beispiel aus dem Verkehrsressort ergänzt. Das Programm Soziale Stadt wirkt in diesen Handlungsfeldern auch durch die Bedarfserhebung und -feststellung im Rahmen der integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte, durch Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung nachbarschaftlicher Initiativen.

Viele der befragten Kommunen sehen im Handlungsfeld Bildung, insbesondere Gesundheits- und Umweltbildung, Potenziale zur Umsetzung von Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit. Für diesen Bereich sind meist sozial-integrative Maßnahmen von Bedeutung. Eine Verknüpfung von Sozialen Stadt-Maßnahmen mit anderen Förderquellen kann hier wertvolle Impulse leisten. Dabei spielt auch die Akquise von Mitteln, etwa bei Stiftungen oder ansässigen Unternehmen, eine große Rolle. Ähnliches gilt für die Bereiche Gesundheitsförderung, bürgerschaftliches Engagement sowie Klimaanpassung. Maßnahmen sind in diesen Bereichen vielfach kleinteilig und auf die Unterstützung von Strukturen bezogen, wie das Berliner Beispiel KiezKlima zeigt. Über das Quartiersmanagement und die in den meisten Gebieten eingesetzten Verfügungsfonds können kleine Projekte umgesetzt und Netzwerke unterstützt werden.



2 Gute Beispiele aus der Praxis

Für die Darstellung guter Praxis zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt wurden 13 Projekte aus bundesweit über 100 recherchierten Maßnahmenbeispielen ausgewählt. Sie lassen sich den Themenfeldern Grünflächen, Gemeinschaftsgärten, Klima, Lärm, Verkehr, Umweltbildung und Netzwerke zuordnen.

Wie zu erwarten, gibt es besonders viele gute Praxisbeispiele im Bereich der Grün- und Freiflächen sowie Gartenprojekte. Dieser Bereich ist daher in der Auswahl besonders stark durch den Travertinpark, die Gemüsewerft, den Urbanen Wald, den Interkulturellen Permakulturgarten und den Mombacher Abenteuerwald repräsentiert. Die Umwandlung von vormals industriell genutzten oder brachliegenden Flächen oder die Qualifizierung bestehender Grünflächen sind typische Maßnahmen für die Soziale Stadt. Die Bewohner und Bewohnerinnen erhalten Zugang zu Grün, Erholung, Naturerlebnis und Bewegung und profitieren so im Sinne der Umweltgerechtigkeit.

Das Klimaschutzquartier Gaarden und die Gartenstadt Drewitz haben den Klimaschutz im Fokus. Klimaschutz verfolgt zwar nicht primär das Ziel der Umweltgerechtigkeit – energetische Sanierung und alternative Energiegewinnung sollen in erster Linie der Klimaerwärmung entgegenwirken, entsprechende Vorhaben können jedoch zu mehr Umweltgerechtigkeit beitragen, wie die Beispiele zeigen.

Klimaanpassung, die das Projekt KiezKlima verfolgt, wirkt ebenfalls direkt im Sinne der Umweltgerechtigkeit, denn im Mittelpunkt stehen der Mensch und seine Gesundheit, die durch den Klimawandel negativ beeinflusst werden können.

Lärm kann krank machen, zum Beispiel zu dauerhaften Schädigungen des Gehörs führen und das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöhen. Verkehrslärm geht zudem oft mit einer erhöhten Gesundheitsbelastung durch Feinstaub einher. Dauerhaftem Lärm, etwa an stark befahrenen Straßen, sind häufig Menschen in sozial benachteiligten Quartieren ausgesetzt. Die Beispiele aus München und Barsinghausen zeigen Maßnahmen auf, die nicht nur die gesundheitsrelevanten Belastungen reduzieren, sondern darüber hinaus die Lebensqualität, zum Beispiel durch qualifizierte Außenräume, verbessern.

Das Berliner Projekt Schule im Wald® leistet Umweltbildung und sensibilisiert für Umweltgerechtigkeit von klein auf. Wissensvermittlung bezüglich gesundheitsrelevanter Umwelteinflüsse und Defizite legt zum einen die Basis für eigene Verhaltensänderungen, zum anderen fördert sie Engagement und Mitgestaltung im Sinne von Empowerment.

Dass das Erfordernis ressortübergreifenden Handelns für mehr Umweltgerechtigkeit durch wirksames Netzwerken begünstigt werden kann, belegt das Nürnberger Gesundheitsnetzwerk. So kommen unterschiedliche Kompetenzen und Ressourcen für ein Ziel zusammen.

Insgesamt bildet die Auswahl der Projekte eine Vielfalt an Themen, räumlicher Verortung, strategischen Ansätzen und Akteurskonstellationen ab. Sie alle, ob kleine Nachbarschaftsprojekte oder große gesamtstädtische Vorhaben, repräsentieren und inspirieren gute Praxis für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt.

Gute Beispiele für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt

Klimaschutzquartier Gaarden

Kiel | Seite 24

Interkultureller Permakulturgarten Langenhorn

Hamburg | Seite 20

Gemüsewerft

Bremen | Seite 22

Lärmschutzmaßnahme

Bahlsen

Barsinghausen | Seite 30

Unser Hahnenbach und

Zauberwelt Wasser

Emschertal | Seite 36

Mombacher Abenteuerwald

Mainz | Seite 16

Travertinpark

Stuttgart | Seite 18

Gartenstadt Drewitz

Potsdam, Brandenburg | Seite 28

Schule im Wald

Berlin | Seite 34

KiezKlima

Berlin | Seite 26

Urbaner Wald

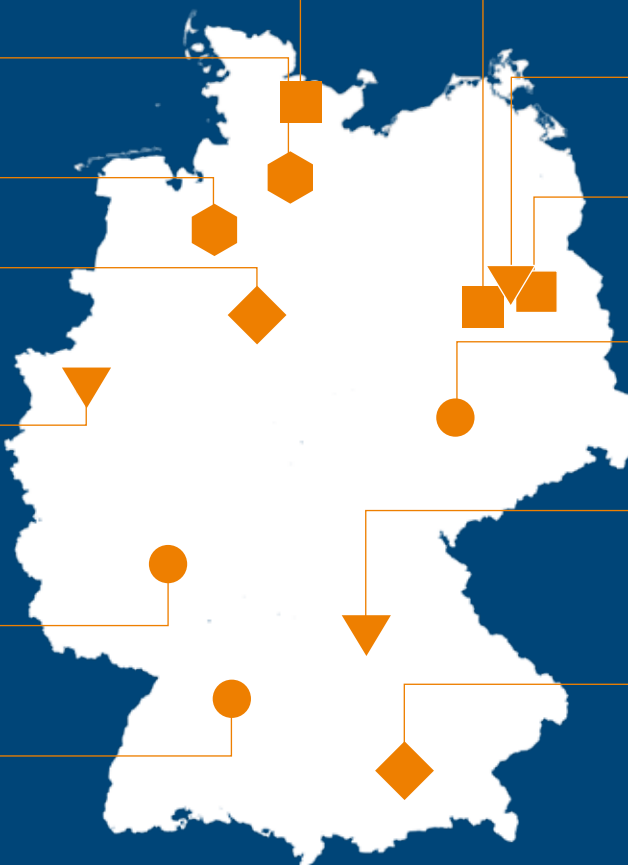
Leipzig | Seite 14

Gesundheitsnetzwerk

Nürnberg | Seite 38

Wohnen am Ring

München | Seite 32



Legende

- Grünflächen
- ⬡ Gemeinschaftsgärten
- Klima
- ◆ Lärm/Verkehr
- ▼ Umweltbildung/Netzwerke

Quelle: Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR, geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2014, Bearbeitung: N. Körner-Blätgen, ergänzende Bearbeitung: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG



Urbaner Wald, Leipzig

„Eine frühzeitige und kontinuierliche Information und Beteiligung waren hier besonders wichtig, weil man sich unter Urbanem Wald nicht viel vorstellen konnte.“

Antje Kowski, Quartiersmanagement Grünau

Bis vor wenigen Jahren hatte die Großwohnsiedlung Grünau in Leipzig ein massives Problem mit sinkenden Einwohnerzahlen und einen entsprechend hohen Leerstand von Wohnungen. Der Stadtteil schrumpfte um die Hälfte seiner Einwohnerinnen und Einwohner. Mit Hilfe des Programms Stadtumbau Ost wurden etwa 10.000 Wohnungen rückgebaut. Dazu gehörte auch der markante Plattenbaukomplex Eiger Nordwand mit circa 550 Wohnungen. Ein neuer Umgang mit der entstehenden Freifläche wurde gesucht, der kostengünstige Möglichkeiten der Gestaltung und Unterhaltung sowie eine hohe Biodiversität und Klimaschutzfunktionen beinhalten sollte. In der Verbindung der Zielsetzungen von Stadtumbau und Stadtnaturschutz entschied sich das Stadtplanungsamt für die Entwicklung eines neuen Freiflächentyps – den Urbanen Wald.

Modellgebiet Schönauer Holz

Das Modellgebiet Schönauer Holz wurde wesentlich durch ein Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben (E+E) des Bundesamtes für Naturschutz ermöglicht.

Um ein möglichst großes Areal für den Urbanen Wald zu erhalten, kaufte die Stadt mit Hilfe des Programms Soziale Stadt weitere Flächen auf und nahm einen Grundstückstausch vor. So entstand eine zusammenhängende öffentliche Fläche von 5,5 Hektar, die für die Entwicklung des Urbanen Waldes zur Verfügung stand. Die Gestaltung orientierte sich an der stadträumlichen Situation, der erhaltenswerten Baumsubstanz und den wichtigen fußläufigen Wegeverbindungen zwischen Wohnungen und Haltestellen des Nahverkehrs sowie Kitas, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten. Die bestehenden Wegeverbindungen stellten dabei die Begrenzungen für die neuen Waldquartiere dar.

Künftiger Wald als Kaltluftschneise

Verschiedene Waldbaum- und Straucharten wie Eberesche, Traubeneiche und Feldahorn sind in den Arealen angepflanzt, um später einen mittelhohen, abwechslungsreichen Wald zu bilden. Die neue grüne Mitte im Quartier wird damit zu einem Rückzugsraum für die Fauna und stellt gleichzeitig eine Kaltluftschneise

se im Anpassungsprozess an den Klimawandel dar. Zwei angelegte Hochsitze nehmen das Waldthema auf und ermöglichen den Blick von oben auf das Aufforstungsareal. Die Wegeverbindungen wurden saniert, Aufenthalts- und Spielbereiche angelegt. Am südlichen Verbindungsweg entstand nach Beteiligung von Jugendlichen eine Streetballanlage sowie eine BMX- und Skaterfläche, die von der ansässigen Wohnungsgesellschaft gesponsert wurden. Der Aufenthaltsbereich im Norden des Gebietes wurde zusammen mit den dort ansässigen Schulen gestaltet.

Auf den Aufforstungsflächen, in die kleine Pflanzen aus den Forstbaumschulen gesetzt wurden, sind noch keine Bäume erkennbar. Das Forstamt geht davon aus, dass es etwa 20 Jahre dauern wird, bis die Flächen als Wald wahrnehmbar sind. Um den Aufwuchs der kleinen Gehölze zu schützen, sind alle Aufforstungsflächen mit Zäunen versehen und können somit in den nächsten Jahren nicht genutzt werden. Daher sind Geduld und ein rücksichtsvoller Umgang der Bewohnerschaft mit der Fläche erforderlich.

Kontinuierliche Beteiligung

Das Quartiersmanagement Grünau informierte und beteiligte frühzeitig die Bewohnerinnen und Bewohner. Da die Fläche in Grünau bereits das zweite Modellgebiet eines Urbanen Waldes in Leipzig ist, konnte schon von ersten Erfahrungen berichtet werden. Dennoch war der langfristige Mehrwert einer zunächst eingezäunten Fläche schwer zu vermitteln. Entsprechend dem Planungsfortschritt wurden daher etliche Informationsveranstaltungen durchgeführt. In der Bevölkerung setzte sich die Offenheit gegenüber dem Modellvorhaben durch. Wichtig für die Anwohnerinnen und Anwohner war vor allem, dass die bewährten Wegebeziehungen erhalten blieben. Ihre Anregung, eine bessere Wegeverbindung zur Straßenbahn anzulegen, wurde umgesetzt.

Das gesamte Projekt ist durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadtplanungsamt und Stadtforstamt gekennzeichnet. Das Schönauer Holz wird in die Bewirtschaftung des Stadtforstamtes übergehen. Im Rahmen des Erprobungs- und Entwicklungsvorhabens findet eine Forschungsbegleitung statt, die sich stark mit den stadtklimatologischen Auswirkungen, der Biodiversität der Fläche und der Akzeptanz durch die Bevölkerung auseinandersetzt und weitere Ergebnisse liefern wird.

Projektangaben Urbaner Wald Schönauer Holz

Zeitraum	2007 bis 2013
Finanzierung	circa 655.000 Euro Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben (Bundesamt für Naturschutz); Soziale Stadt; Stiftung Wald für Sachsen; Wohnungsgesellschaft Gutburg
Projektpartner	Stadtplanungsamt; Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung; Amt für Stadtgrün und Gewässer; Quartiersmanagement Grünau; Stadtforstamt; Bundesamt für Naturschutz; Stiftung Wald für Sachsen
Kontakt	Regina Dietrich regina.dietrich@leipzig.de

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	Grünau
Kommune, Land	Leipzig, Sachsen
Laufzeit	seit 2005
Einwohnerzahl	41.000
Größe	462 Hektar





Mombacher Abenteuer- wald, Mainz

„Das Quartier ist umgeben von Industrie. Und das sieht man nicht nur, an manchen Tagen riecht man das auch. Doch das ist nur eine Seite des Quartiers. Viele der Belastungen werden hier durch ein enormes Engagement der Akteure und deren Zusammenhalt kompensiert und sogar vermindert.“

Dagmar Hefner, Quartiersmanagerin Stadt Mainz

Der Abenteuerwald grenzt an das Industrieviertel des Sozialen Stadt-Quartiers Mainz Mombach. Die Wohnlage gilt als eine der unattraktivsten in Mainz. Grund dafür ist neben hohem Verkehrsaufkommen und der starken Prägung und Belastung durch die benachbarte Industrie auch die Unterversorgung mit Grün- und Spielflächen. Nahe gelegene attraktive Grünräume wie der Mainzer Sand sind schlecht an das Gebiet angebunden und für die hiesige Bevölkerung nur schwer erreichbar. Umgeben von Straßen, Wohn- und Industriebebauung ist der Mombacher Abenteuerwald mit seinen 4.000 Quadratmetern eher ein „Wäldchen“. Seine Bedeutung für den Stadtteil als grüner Erholungs- und Erlebnisraum jedoch ist groß.

Bedrohter Freiraum

Schon in den 1990er Jahren entstand am Standort des heutigen Abenteuerwaldes im Rahmen eines Modellprojektes der erste naturnahe Spielplatz in Mainz mit starkem Engagement von Eltern und Kindern. Baumhäuser und Wasserspielstellen machten den Spielplatz zu einem Highlight für die Kinder. Ihre engagierte Mitwirkung an der Entwicklung und Pflege führte bei den Erwachsenen zu einer starken Identifikation mit dem

Ort. Nachdem sich die Vorgaben für Spielplätze entsprechend EU-Richtlinien verschärften und zudem die jahrelange Modellbegleitung durch das verantwortliche Planungsbüro wegfiel, veränderte sich der Ort deutlich: Aufgrund von Sicherheitsvorgaben mussten Baumhäuser und Spielgeräte zurückgebaut werden. Spontane Nutzungen durch Jugendliche führten zu Konflikten wegen abendlicher Lärmbelästigung. Die Fläche verwilderte. Durch Bebauungsvorhaben hätte das Quartier die vorhandene Freifläche beinahe verloren – eine Entwicklung, der die Bewohnerschaft entgegenwirken wollte. 2007 wurde das Programm Soziale Stadt im Gebiet eingesetzt und nahm dieses Anliegen auf.

Ein Raum für viele und vieles

Der vormalige Spielplatz wurde im integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept des Quartiersmanagements Mombach als wichtige Grün- und Spielfläche explizit benannt. Für deren Erhalt haben das Programm Soziale Stadt und das Engagement der Quartiersmanagerin eine Schlüsselrolle gespielt – durch investive Mittel, durch Vernetzung und Unterstützung der Akteure sowie durch die enge Zusammenarbeit der beteiligten Ämter und der Ortspolitik. Nach mehreren Planungs-

treffen wurden 2010 die Mittel zur Aufwertung des Geländes bewilligt. Diese ermöglichten unter anderem den Bau einer Frischwasserpumpe. Das nachweislich belastete Grundwasser konnte nicht genutzt werden. Die Wasserkosten übernahm von Anfang an die Firma Riga – ein wesentlicher Umstand für die Nachhaltigkeit des Projektes. Die Firma Valentin ermöglichte mit Spenden den Bau eines Kletterparcours. Mit mehreren Aufräum-, Bau- und Pflegeaktionen beteiligte sich auch die katholische Jugend.

Der Abenteuerwald ist ein Ort des Spielens, des Naturerlebens und der Erholung. Statt Wippe und Schaukel gibt es eine Brücke, einen kleinen Bachlauf und einen Kletterparcours über Baumstämme. Ruhige, schattige Plätze, angenehme Luft, erhaltene Gehölze und Obstbäume laden auch ältere Menschen zum Verweilen ein.

Engagement mit Weitblick

Wesentlicher Wegbegleiter war der Förderverein KIBS. Er entstand nach Wegfall des Bildungsfonds – einem Modellvorhaben für alle Soziale Stadt-Gebiete in Mainz von 2009 bis 2011 –, der für sozial-integrative und Bildungs- Projekte im Quartier eingesetzt wurde. Der Verein hat zum Ziel, bewährte und wichtige Projekte in diesem Bereich für Mombach aufrechtzuerhalten. Mit diesem Verstetigungsansatz unterstützen seine Mitglieder auch den Abenteuerwald mit Eigenengagement und Spendenakquise. KIBS, dessen beratendes Mitglied das Quartiersmanagement ist und dessen Vorsitz die dortige Ortsvorsteherin innehat, will auch dem Negativimage von Mombach etwas entgegenhalten.

Mit seinem Engagement zeigt und fördert der Verein den nachbarschaftlichen Zusammenhalt als eine bedeutsame Lebensqualität im Quartier und begleitet die Entwicklungen im Stadtteil. Dazu gehört auch ein kritischer Blick. So zum Beispiel aktuell auf die Pläne zum Bau einer Klärschlammanlage in Mombach: Nachdem, wie die Bewohnerschaft seit einiger Zeit feststellt, die Geruchsbelastung durch die Industrie im Quartier zurückgegangen ist, scheinen diese Pläne ein widersprechendes Thema für Mombach, die Soziale Stadt und auch die Umweltgerechtigkeit zu sein.

Projektangaben Mombacher Abenteuerwald

Zeitraum	seit 2010
Finanzierung	circa 20.000 Euro Soziale Stadt; Spendengelder über Förderverein KIBS e.V.; VALENTIN Gas u. Oel GmbH & Co. KG ; Fa. Riga Mainz GmbH & Co. KG; Grün- und Umweltamt der Stadt Mainz
Projektpartner	Soziale Stadt Mainz; Grün- und Umweltamt, Forstrevier Lenneberg; Amt für Jugend und Familie; Förderverein KIBS e.V.; ansässige Unternehmen; Katholische Kirchengemeinde St. Nikolaus; Ortsvorsteherin und Ortsbeirat; Kinder-, Jugend- und Kulturzentrum Haus Haifa; Kindergärten und Schulen
Kontakt	Dagmar Hefner dagmar.hefner@stadt.mainz.de

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	Mombach
Kommune, Land	Landeshauptstadt Mainz, Rheinland-Pfalz
Laufzeit	seit 2007
Einwohnerzahl	14.000
Größe	130 Hektar





Travertinpark, Stuttgart

„Durch intensive und vielschichtige Beteiligung am Freiraumkonzept, dessen bedeutsamster Teil der Travertinpark ist, haben wir es erfolgreich und nachhaltig geschafft, die investiven Maßnahmen durch soziale, kulturelle und lehrreiche Aktivitäten mit Leben zu füllen.“

Ulrike Bachir, Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Stuttgarter Stadtteil Hallschlag ist zwar umgeben von Grün, innerhalb des Gebietes jedoch waren die Grünflächen wenig attraktiv und kaum geeignet zur Naherholung. Das Gelände des ehemaligen Steinbruchs, in dem bis 2007 Travertin, ein Kalkstein, abgebaut wurde, stellte eine unüberwindbare physische Barriere dar und schnitt den ohnehin von der gesamtstädtischen Entwicklung abgehängten Stadtteil auch räumlich ab. Diese Situation veränderte sich deutlich mit einem Freiraumkonzept für den Hallschlag, das das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung und die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) 2009 initiiert hatten und das mit umfassender Bürgerbeteiligung durch das Stadtteilmanagement im Rahmen der Sozialen Stadt entwickelt wurde. Die Konversion des ehemaligen Travertin-Steinbruchs in ein Naherholungsgebiet ist dabei ein wesentlicher Bestandteil.

Neu geschaffene Verbindungen

Der 2,7 Hektar große Travertinpark ist heute ein innerstädtischer Freiraum mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten. Es gibt einen Spielplatz, Rad- und Spazierwege, Bänke und viel Grün. Und doch unterscheidet sich der Travertinpark von vielen anderen Stadtparks.

Die Spielgeräte scheinen sich optisch mit den industriellen Elementen aus Zeiten des Steinbruchbetriebes zu verbinden. Auf dem gesamten Gelände zeugt der sichtbare Travertin an Hängen und durch verteilte Gesteinsblöcke von dem hier im Steinbruch Haas industriell abgebauten Kalkstein. Auch in den Sitzbänken ist Travertin verarbeitet. Im ehemaligen Steinbruch sammelt sich Regenwasser. Hier entsteht ein Naturteich, der zum Verweilen einlädt.

Das in die Gestaltung integrierte Material, belassene typische Geländeformen, vereinzelt Maschinenteile und erhaltene Gleistrassen verbinden die Geschichte des Ortes mit seiner Gegenwart. Behutsame Wegeführungen, Informationstafeln und eine Naturbeobachtungsstelle für Kinder machen den Ort und seine Entwicklung erfahrbar, verbinden Grünräume und angrenzende Stadtteile. Die geschaffene Treppe durch den angrenzenden Weinberg bildet die räumliche Verbindung hinunter ins Neckartal. Und schließlich ist auch das Zusammenspiel von Kultur- und Naturraum gelungen: Durch angelegte Schotterflächen und Pflanzungen sind artgerechte Rückzugsbereiche für die geschützte Zauneidechse entstanden, die zu einem Symbol für den Travertinpark geworden ist.

Richtungsweisendes Rahmenkonzept

Zentral für den Erfolg und die nachhaltige städtebauliche Verankerung des Travertinparks war die Einbindung des Projektes in das Freiraumkonzept für den Stadtteil Hallschlag, das politisch große Rücken- deckung erfuhr. Das Konzept beinhaltet Leitlinien für die Entwicklung aller öffentlichen Freiräume. Von 2010 bis 2015 wurden so mehrere große und kleinere Baumaßnahmen mit umfassender Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen entwickelt und mit Mitteln der Sozialen Stadt umgesetzt. So auch der Travertinpark, dessen Gestaltung zusätzlich durch die Region Stuttgart finanziert wurde. Die Entwicklung des Travertinparks erforderte aufgrund der Komplexität eine gute ämterübergreifende Zusammenarbeit. Das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung übernahm dabei eine zentrale Kommunikations- und Vermittlerrolle, was entscheidend für den Erfolg des Projektes war.

Verankerung im Stadtteil

Die Vermittlung der Planungen für den Travertinpark in den Stadtteil hinein geschah durch umfassende Öffentlichkeitsarbeit und vielfältige Beteiligungsverfahren. Das Stadtteilmanagement war hier ein Schlüsselakteur bei der Entwicklung und Organisation, bei der Vernetzung von Gruppen und Bewohnerschaft sowie bei der Akquise zusätzlicher Mittel für sozial-integrative Projekte, die die Parkentwicklung flankieren. Dazu trug der Verfügungsfonds der Stadt Stuttgart entscheidend bei. So konnten zum Beispiel die Bürgergärten am Travertinpark, Kunst-, Bildungs- und Bewegungsprojekte unterstützt werden.

Auch die Projektleitung des Amtes für Stadtplanung und Stadterneuerung ist regelmäßig vor Ort und vermittelt zwischen Bewohnerschaft und Amt. Planungsprozesse wie die für die Entwicklung des Travertinparks laufen über Jahre und sind für Menschen außerhalb planerischer Kontexte oft zu abstrakt. Alle Beteiligten brauchen daher einen langen Atem. Mit dem Travertinpark ist es gelungen, nicht nur Grün- und Stadträume, sondern auch Menschen mit ihrem Stadtteil zu verbinden: Die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils Hallschlag haben Zugang zu einem neuen wohnortnahen Grün-, Erholungs- und Bewegungsraum erhalten, an dem sie selbst mitgewirkt haben und den sie weiter gestalten.



Projektangaben Travertinpark

Zeitraum	2009 bis 2015
Finanzierung	820.000 Euro Verband Region Stuttgart; Soziale Stadt; Verfügungsfonds LHS Stuttgart; Baden-Württemberg-Stiftung
Projektpartner	Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung; Garten-, Friedhofs- und Forstamt; Amt für Umweltschutz; Tiefbauamt; Stadtteilmanagement – Zukunft Hallschlag (Weeber+Partner)
Kontakt	Ulrike Bachir ulrike.bachir@stuttgart.de

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	Hallschlag
Kommune, Land	Stuttgart, Baden-Württemberg
Laufzeit	seit 2007
Einwohnerzahl	7.200
Größe	77 Hektar





Interkultureller Permakultur- garten, Hamburg

„Wenn wir Raum schaffen für Begegnung, dann ist das auch Gesundheitsförderung. Austausch, ein gutes Miteinander in der Nachbarschaft und auch gemeinsames Gärtnern gehören da dazu.“

Sabrina Seidensticker, Gesundheitsförderung Hamburg-Nord

Der Interkulturelle Permakulturgarten Langenhorn (InPeLa) im Hamburger Soziale Stadt-Gebiet Essener Straße ist ein Projekt im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Mit RISE führt Hamburg das Programm Soziale Stadt sowie weitere Einzelprogramme der Stadtteilentwicklung und Städtebauförderung zusammen und setzt entsprechende Mittel gebündelt in den Stadtteilen ein. Dem verantwortlichen Sozialraummanagement war es in diesem Rahmen gelungen, auch Mittel für den Aufbau und die fachliche Begleitung des Gartens bereitzustellen. Ohne dies wäre der Garten kaum entstanden. Besonders erscheint auch die Zuordnung des Gartenprojektes zum Handlungsfeld Gesundheitsförderung, denn Gemeinschaftsgärten sind sonst eher im Bereich öffentlicher Raum angesiedelt. Doch genau dieser Zusammenhang war ein wesentlicher Schlüssel für den nachhaltigen Erfolg des Gartens.

Gesundheitsförderung ganzheitlich gedacht

Die Idee für einen Gemeinschaftsgarten im Quartier Essener Straße entstand während der bezirklichen Gesundheitskonferenz 2010. Diese Veranstaltung des Kommunalen Gesundheitsförderungsmanagements im Gesundheitsamt Hamburg fand unter dem Motto „Gesund leben im Stadtteil“ statt. Dabei lag ein Gesund-

heitsverständnis zugrunde, das ganzheitliches Wohlbefinden und nicht nur körperliches umfasst. Gefragt nach ihren Bedürfnissen im Stadtteil, zeichneten sich bei den Teilnehmenden aus der Bewohnerschaft der Zugang zu gesunden Lebensmitteln und die Möglichkeit, gemeinsam zu gärtnern, als Bedarf ab. Herausgestellt wurde auch, dass es zwar ausreichend Grünflächen im Quartier gibt, dass jedoch deren Qualität wenig anregend für gemeinschaftliche Aktivitäten im öffentlichen Raum ist. Die Ziele der Gemeinschaftsgartenidee setzen an den genannten Bedürfnissen an: nachbarschaftliche Begegnung, Umweltbildung und gesunde Ernährung, Bewegung an der Luft und gemeinsames Tun. Der für den Ansatz der Umweltgerechtigkeit zentrale Dreiklang von Gesundheit, Umwelt und sozialer Lage findet sich so ganz konkret im Garten wieder.

Verwaltungshandeln als Schlüssel

In Abstimmung mit dem Quartiersverfahren vor Ort beauftragte das Bezirksamt Hamburg-Nord ab 2011 für drei Jahre einen externen Projektleiter mit der fachlichen Begleitung für die Entwicklung und den Aufbau des Gartens und seiner Gemeinschaft. Außerdem stellte das Bezirksamt 2.300 Quadratmeter einer öffentlichen Grünfläche pachtfrei für den Garten zur Verfügung. Die

inhaltliche Verantwortung und Begleitung übernahm ein Team des Kommunalen Gesundheitsförderungsmanagements im Gesundheitsamt Hamburg-Nord, das auch regelmäßig vor Ort präsent ist. Diese Verankerung im Amt, der ämterübergreifende Gebietsarbeitskreis und die intensive Zusammenarbeit mit dem Fachamt Stadtgrün waren weitere Schlüssel, die die Türen zu anderen beteiligten Fachbereichen öffneten. Das führte zu bis dato eher ungewöhnlichen ressortübergreifenden Kooperationen, wie zum Beispiel zwischen der Gesundheitsförderung und dem Fachbereich Stadtgrün. Gemeinsame Erfolgserlebnisse im Projekt haben Widerstände abgebaut und neue Netzwerke wurden geknüpft – in der Verwaltung und zwischen Quartier und Amt. Im Rahmen der Koordinierungsbausteine für Gesundheitsförderung können seit 2013 auch Mittel der Techniker Krankenkasse für die Finanzierung von Präventionskursen im Stadtteil eingesetzt werden. Entsprechende Projekte, etwa zur Ernährung, seelischen Gesundheit und Bewegung, ergänzen den breiten Gesundheitsförderungsgedanken, der auch dem Garten zugrunde liegt. 2014 gewann der Garten einen Förderpreis der Joachim-Hertz-Stiftung. Das Preisgeld wurde in umweltpädagogische Arbeit mit Kindern investiert.

Engagement mit Strahlkraft

Die Quartiersentwicklerin in dem Soziale Stadt-Gebiet, die eine der wesentlichen Schlüsselpersonen im Projekt ist, stellt den Schneeballeffekt des Gartenprojektes heraus: Die Gesundheitsprojekte und Aktionen in und um den Garten regen sich untereinander an. Und auch die beteiligten Akteure aus dem Stadtteil beflügeln sich gegenseitig. Die Gartengruppe überstand den einschneidenden Weggang des ersten Projektleiters 2013 und das Ende der RISE-Förderung. Inzwischen trägt sich das Projekt mit 30 größtenteils im Quartier lebenden Aktiven selbst, die sich um Einzel- und Gemeinschaftsbeete und die Bienenvölker kümmern. Eine langjährig im InPeLa engagierte Gemeinschaftsgärtnerin und Biologin koordiniert nun den Garten und ist verbindliche Ansprechperson.

Regelmäßig treffen sich die Gärtnerinnen und Gärtner mit Nachbarschaft und Gästen zu gemeinsamen Einsätzen, zum Kochen, Essen und Feiern sowie zum Austausch weit über Gartenthemen hinaus. Der Garten hat Strahlkraft in den Stadtteil hinein. Seine Akteure engagieren sich zu vielen im Stadtteil relevanten Themen und sind Mitglieder im Stadtteilverein LEiLA, der inzwischen Träger des Gartens ist. Sie engagieren sich für die Vernetzung im Stadtteil, integrieren alte und neue Nachbarinnen und Nachbarn unterschiedlicher Herkunft und Sozialisierung und sie haben zu einer kooperativen Zusammenarbeit auf kurzem Wege zwischen Ämtern und Bewohnerschaft beigetragen.

Projektangaben Interkultureller Permakulturgarten

Zeitraum	2011 bis 2015
Finanzierung	circa 50.000 Euro Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) mit dem Programm Soziale Stadt; Gebietsfonds; Verfügungsfonds; kleinteilige Spenden, Förderungen und Preisgelder
Projektpartner	InPeLa Gartengruppe; RISE Gebietsbetreuung Essener Straße im Fachamt Sozialraummanagement Hamburg-Nord; Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM) im Fachamt Gesundheit Hamburg-Nord; Lawaetz-Stiftung/Bereich Quartiersentwicklung; Fachbereich Stadtgrün im Fachamt Management des öffentlichen Raums Hamburg-Nord; Stadtteilbeirat Essener Straße; LEiLA e.V.
Kontakt	Sabrina Seidensticker, sabrina.seidensticker@hamburg-nord.hamburg.de

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	Essener Straße, Langenhorn
Kommune, Land	Hamburg, Bezirk Hamburg-Nord
Laufzeit	2007 bis 2015
Einwohnerzahl	5.000
Größe	75 Hektar





Gemüsewerft, Bremen

„Ich glaube, es ist gesellschaftlich von existenzieller Bedeutung, dass die Menschen wieder lernen, wie sie selbst ihre Nahrungsmittel anbauen, verarbeiten und auch teilen können.“
Michael Scheer, Projektleiter und Geschäftsführer der GiB

Nur 200 Meter vom Bremer Industriehafen entfernt, im Soziale Stadt-Gebiet Gröpelingen, liegt die Gemüsewerft. Die Gemüsewerft ist urbane Landwirtschaft mit einem Gemeinschaftsgarten und Inklusionsprojekt. Auf einer Fläche von etwa 2.500 Quadratmetern und dem dazugehörigen Bunker mit 300 Quadratmetern gibt es Gemüse- und Kräuterbeete, Obstbäume, eine Hopfenplantage und eine Pilzzucht unter Tage – ein seltener, gemeinschaftlich gestalteter Grünraum im dichten innerstädtischen Quartier. Die Beete werden durch Menschen aus dem Stadtteil sowohl gemeinsam als auch individuell bewirtschaftet. Produziert wird hier für den Eigenbedarf, für die betriebsinterne und andere Bremer Gastronomien und für einen lokalen Bierbrauer. Und es gedeiht noch mehr auf der Gemüsewerft: Wissen, Gemeinschaft und Lebensperspektiven, vor allem für Menschen, die aufgrund von psychischen und geistigen Beeinträchtigungen eingeschränkte Chancen der Teilhabe und Beschäftigung haben.

Vision für die zukunftsfähige Stadtgesellschaft

Die Gemüsewerft ist ein Projekt der gemeinnützigen Gesellschaft für integrative Beschäftigung (gGiB). Der Träger ist bereits langjährig im Stadtteil aktiv für die Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkran-

kungen, geistigen und seelischen Behinderungen. Diese finden sozialen Anschluss und Beschäftigung, zum Beispiel im trägereigenen Gastronomiebetrieb Café Brand, fußläufig von der Gemüsewerft entfernt. Der Gartenbetrieb ist eine weitere dieser Beschäftigungs- und Teilhabemöglichkeiten, die Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen zusammenbringen. Doch es ist kein Zufall, dass es ein gärtnerischer Betrieb geworden ist.

Mit der Gemüsewerft werden vielfältige gesellschaftliche Anliegen verfolgt: eine inklusive Stadtgesellschaft, Gesundheitsförderung von der Selbstversorgung mit gesunden Nahrungsmitteln bis zur sozialen Teilhabe, Schaffung produktiver urbaner Grünräume, Kooperation und ökonomische Tragfähigkeit. Gerade in Stadtteilen wie Gröpelingen, deren Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtstadt mehrfach benachteiligt ist, sind diese Ansätze besonders notwendig. Gleichzeitig erfahren entsprechende Vorhaben in diesen Gebieten besondere Unterstützung. Denn dort, so beobachtet der Projektleiter der Gemüsewerft, gibt es oft mehr Offenheit für vielfältige, visionäre Ansätze und gegenüber Mitmenschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen. Und schließlich ermöglichen und unterstützen Mittel wie die der Sozialen Stadt die Realisierung entsprechender Vorhaben.

Anschubhilfe und Nachhaltigkeit

Damit der Gemeinschaftsgarten in seine erste Saison 2014 und später die Pilzzucht im Bunker starten konnten, waren umfangreiche Vorbereitungen nötig. Mit viel Engagement von Menschen aus dem Stadtteil wurde die Fläche entrümpelt und entholzt. Die Rankhilfen für den Hopfen wurden gebaut. Hochbeete entstanden, denn die notwendige Sanierung des Bodens hätte die finanziellen Möglichkeiten gesprengt. Die gewählte Anbauweise in Kästen mit unbelasteter Erde und eigenem Kompost ermöglicht dennoch den ökologischen Anbau von Nahrungsmitteln auf dieser Fläche. Maßgeblich mit Mitteln der Aktion Mensch und der Sozialen Stadt konnten die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden: Elektrizität und Beleuchtung im Bunker für die Pilzzucht, Lagercontainer, Geräte und Wasseranschluss. Eigenarbeit, Erfahrung und Fördermittel waren entscheidende Investitionen, um den Betrieb der Gemüserwerft tragfähig aufbauen zu können.

Kooperationen über den Gartenzaun hinaus

An offenen Gartentagen kommen die Gemeinschaftsgärtnerinnen und -gärtner aus dem Stadtteil zusammen und der Garten wird durch eine geschaffene Halbtagsstelle fachlich unterstützt. Gemeinsam mit einem lokalen Verein organisiert die Gemüserwerft das regelmäßige Gartendinner aus eigener Ernte, das Nachbarschaft und vor allem auch Kinder und Jugendliche erreicht. Auf dem Dach der Bremer Volkshochschule hat die Gemüserwerft geholfen, einen urbanen Garten anzulegen – eine weitere klimawirksame Fläche im stark verdichteten Innenstadtquartier, ein Lernort mit Gemüsebeeten. Wesentlich ist die Rückendeckung und Unterstützung seitens der Stadt. Hier ist der kleine Träger als langjährig erfahrener, verbindlicher Partner bekannt und wird durch seine Expertise zu Themen der Integrationsarbeit und Ökologie geschätzt. Eine Vielzahl an Vertreterinnen und Vertretern des Senats war schon zu Gast auf der Gemüserwerft, denn hier bündeln sich ganz konkret und ressortübergreifend viele Themen der Stadtentwicklung von Gesundheit über Nachbarschaft und Inklusion bis zu Wirtschaft, Umwelt und öffentlichem Raum.



Projektangaben Gemüserwerft

Zeitraum	seit 2014
Finanzierung	circa 200.000 Euro Aktion Mensch; Soziale Stadt; Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport; BioStadt Bremen; Bürgerstiftung Bremen; Stiftungsgemeinschaft anstiftung&ertomis; Stadtteilbeirat Gröpelingen; GLS Zukunftsstiftung Landwirtschaft; Eigenmittel des Trägers (gGiB)
Akteure	Gemeinnützige Gesellschaft für integrative Beschäftigung mbH (gGiB); Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Kontakt	Michael Scheer verwaltung@gib-bremen.info

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	Gröpelingen
Kommune, Land	Freie Hansestadt Bremen
Laufzeit	seit 1999
Einwohnerzahl	36.000
Größe	980 Hektar





Klimaschutz- quartier Gaarden, Kiel

„Der Sport- und Begegnungspark konnte so gut gelingen, weil wir mit dem Prinzip der Projektmethode Entscheidungen und Abstimmungen auf kurzem Wege zwischen den Ämtern herstellen konnten und nicht die langen, hierarchischen Wege gehen mussten.“
Hanno Treuer, Amt für Sportförderung

Im Stadtteil Gaarden konzentrieren sich besonders viele soziale Problemlagen der Stadt Kiel. Das Anliegen der Stadtverwaltung war es daher, eine integrierte Stadtteilentwicklung anzuschließen und verschiedene Fördermittel zu bündeln, um den Problemen auch auf verschiedenen Ebenen begegnen zu können. In dem Soziale Stadt-Quartier werden auch die Ziele des Klimaschutzes verfolgt und im Sinne der Umweltgerechtigkeit attraktive Grünflächen für die Bevölkerung erschlossen.

Erstes Kieler Klimaschutzquartier

Mit Unterstützung des Programms zur energetischen Stadtsanierung wurde Gaarden zum ersten Kieler Klimaschutzquartier entwickelt. Hauptziele des „Klimagaarden“ genannten Konzeptes sind eine sozial verträgliche Umsetzung des Klimaschutzes ohne deutlich steigende Mieten und die Stärkung der wirtschaftlichen Chancen im Stadtteil. Die Umsetzung des umfassenden Maßnahmenkataloges ist auf zehn Jahre angesetzt. In einem breit angelegten Beteiligungsverfahren wurde ein großes Netzwerk installiert, das die Umsetzung von Maßnahmen unterstützt. Eine Lenkungsgruppe, an der auch die Kieler Vereinigung

von Haus und Grund als Eigentümervertretung sowie der Kieler Mieterverein beteiligt sind, begleitet das Verfahren und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen. Ein Projekt mit Schülerinnen und Schülern hat den Prozess begleitet, unter anderem eine Stadtrallye durchgeführt und sich dabei mit Klimaschutz und Stadtentwicklung beschäftigt. Die Umsetzung der Maßnahmen von Klimagaarden wird durch zwei Beschäftigte der Stadt koordiniert.

Erfolge durch Bündelung von Mitteln

Über die Bündelung von Mitteln ist es gelungen, den Prozess und die Umsetzung von integrierten Maßnahmen erfolgreich umzusetzen. Ein sichtbares Ergebnis ist der Energietreff Auguste, ein energetisch sanierter Kiosk im Wohnquartier. Hier finden regelmäßig Energiesprechstunden für die Bewohnerschaft und Akteure aus Wohnungswirtschaft und Gewerbe sowie Fachveranstaltungen statt. Nach Ende der Managementphase wird der Kiosk zum Nachbarschaftstreff der kleinen Siedlung aus den 1950er Jahren. Die Soziale Stadt lieferte hier den Anker durch die Nutzung aufgebauter Netzwerke und Kooperationen sowie Investitionen in die soziale Infrastruktur.

Sport- und Begegnungspark Gaarden

Eine weitere Säule der integrierten Stadtteilentwicklung ist die Realisierung des Sport- und Begegnungsparks Gaarden. Auch für diesen Park wurden verschiedene Mittel gebündelt. Ein zuvor schwer zugängliches Areal verschiedener Sportstätten und -vereine wurde über die Schaffung neuer Eingänge, die Gestaltung eines Wegenetzes und eines Wegeleitsystems sowie die Anlage attraktiver Spiel- und Aufenthaltsbereiche für die umliegende Bewohnerschaft neu erschlossen. Es ist gelungen, ein Areal, das zuvor von Zäunen und Angsträumen dominiert und für Drogenkriminalität bekannt war, in einen ansprechenden Grünraum mit einer großen Vielfalt von Bewegungsangeboten umzuwandeln.

Der Sportpark ist als Gemeinschaftsprojekt der beiden Dezernate Bauen und Soziales entstanden. Nach vielen Workshops und Veranstaltungen mündete der Beteiligungsprozess zur Schaffung des 37 Hektar großen Parks im Aufbau einer Interessengemeinschaft aus 20 sogenannten Paten: ansässige Sportvereine und soziale Einrichtungen (eine Kita, drei Schulen, verschiedene Bildungsträger).

Die bauliche Umsetzung des Parks ist zu drei Vierteln vollzogen. Seit 2010 organisiert die von der Stadt finanzierte Koordinatorin im Park die verschiedenen Angebote. Sie wird seither von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt, die im Rahmen der Beschäftigungsförderung im Sportpark tätig sind. In der neuen zentralen Servicestation wurden das Büro der Parkkoordinatorin, öffentliche Toiletten und eine Ausgabestelle für Spiel- und Sportgeräte sowie ein Jugendtreff eingerichtet. Ein neuer Skaterpark soll noch in diesem Jahr am Jugendtreff realisiert werden. Für die ältere Bewohnerschaft gibt es kostenlose Bewegungsangebote, die der Seniorencoach organisiert. Die Finanzierung dafür übernimmt eine Stiftung. Ein im Park eingerichteter interkultureller Garten wird von Flüchtlingen bewirtschaftet.

Mit der Herstellung einer Nord-Süd-Wegeverbindung und der Weiterentwicklung des Sommerbades Katzheide wird der Sport- und Begegnungspark fertiggestellt sein. Innerhalb der Interessengemeinschaft Sportpark wird die Überführung in einen eingetragenen Verein diskutiert.

Projektangaben Klimaschutzquartier Gaarden

Zeitraum	seit 2012
Finanzierung	circa 340.000 Euro Energetische Stadtsanierung (KfW-Programm); Land Schleswig-Holstein; Stadt Kiel; Energieolympiade Schleswig-Holstein
Projektpartner	Stadt Kiel mit complan Kommunalberatung; Vonovia AG; ArGe für zeitgemäßes Bauen Schleswig-Holstein; Stadtwerke Kiel AG; Verbraucherzentrale; Haus & Grund; Kieler Mieterverein; Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kontakt	Peter Warthenpfohl peter.warthenpfohl@kiel.de

Projektangaben Sport- und Begegnungspark Gaarden

Zeitraum	seit 2007
Finanzierung	circa 6 Millionen Euro Soziale Stadt, Experimenteller Wohnungs- und Städtebau, Konjunkturprogramm II, Stadt Kiel
Projektpartner	Baudezernat, Sozialdezernat, Sportvereine, Evangelische Stadtmission, Schulen, Kitas
Kontakt	Yvonne von der Recke yvonnevonderrecke@kiel.de

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	Gaarden
Kommune, Land	Kiel, Schleswig-Holstein
Laufzeit	seit 2000
Einwohnerzahl	20.800
Größe	14 Hektar



KiezKlima, Berlin

„Im Zusammenhang mit der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel fragten wir uns: Wie kann man das Thema auf die Quartiersebene herunterbrechen und was können wir speziell mit unseren Erfahrungen aus dem Quartiersmanagement beitragen? Es lag auf der Hand: Beteiligung, Vernetzung im Quartier, Hilfe zur Selbsthilfe auch in der Klimanpassung.“
Susanne Walz, L.I.S.T. GmbH

Extreme Wetterlagen wie Starkregenereignisse oder Hitzeperioden werden immer häufiger. In hoch verdichteten Stadtteilen macht sich dies besonders bemerkbar. Für die dortige Bevölkerung, vor allem für ältere Menschen, Kinder oder gesundheitlich vorbelastete Menschen, stellen derartige Umweltbelastungen ein ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko dar. Wie kann damit im Alltag umgegangen werden und eine bewusste Anpassung an den Klimawandel erfolgen? Im innerstädtischen Soziale Stadt-Gebiet Brunnenviertel im Berliner Stadtteil Wedding geht das Projekt KiezKlima dieser Frage auf Quartiersebene nach.

Beteiligung als Schlüssel

Kern des Projektes KiezKlima ist ein partizipatorischer Ansatz. Die Beteiligung der Menschen, die ihren Alltag im Quartier verbringen, ist der Schlüssel für nachhaltig wirksame Anpassungsstrategien. Langjährige Erfahrungen im Berliner Quartiersmanagementverfahren kamen dabei dem Projekt zugute. Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern werden in den drei Projektjahren konkrete Maßnahmen zur Klimaanpassung entwickelt, die während und nach der Projektlaufzeit umgesetzt werden sollen: Schattenplätze im Quartier, nachbarschaftliche Hitzewarnung, bauliche Maßnahmen an Gebäuden und Begrünung.

Auch Konzepte zur Finanzierung solcher Maßnahmen werden entwickelt. Einrichtungen sollen bei der klimagerechten Umgestaltung ihrer Höfe unterstützt werden und eine der Grundschulen des Quartiers nimmt am Wettbewerb „Berliner Klimaschulen“ mit der klimaangepassten Umgestaltung des Schulhofs teil. Eine Idee ist auch, neue kühle Aufenthaltsorte, wie zum Beispiel Sitzgelegenheiten unter Bäumen, einzurichten und durch ein Wegeleitsystem zu verbinden. KiezKlima dockt ganz bewusst an die Strukturen und Strategien des Quartiersmanagements Brunnenviertel-Brunnenstraße an, dessen Träger auch die im KiezKlima federführende L.I.S.T. GmbH ist. Hier sind die Situation, die zentralen Akteure und Netzwerke gut bekannt: Bewohnerschaft, Schulen, Kitas, nachbarschaftliche Einrichtungen und die kommunale Wohnungsbaugesellschaft degewo, das Bezirksamt und die Senatsverwaltung. In dem interdisziplinären Team bringt KiezKlima die Expertise der Partner aus Forschung, Beratung, Technik, Planung, Verwaltung und Stadtteilarbeit zusammen. Finanziert wird das Projekt über die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Zusätzlich werden personelle Ressourcen aus dem Programm Soziale Stadt eingebracht und die kommunale Wohnungsbaugesellschaft degewo trägt mit eigenen Mitteln zur baulichen Umsetzung der im Projekt zusammengetragenen Ideen bei.

Belastung (be)greifbar machen

Entscheidend für die Anpassung an den Klimawandel und damit gesundheitsrelevant sind letztlich Bewusstsein und eigenes Handeln. Doch gerade die Sensibilisierung für Klimaanpassung ist eine der schwierigsten Aufgaben im Projekt. Der Begriff Klimaanpassung an sich stellt eine Schwelle dar. Vielfach wird er von den Beteiligten als zu sperrig und abstrakt empfunden. Die wetterbedingten Umweltbelastungen auf die Gesundheit müssen erfahrbar und belegbar sein. KiezKlima hat Befragungen im Quartier durchgeführt, um zum Beispiel herauszufinden, welche Orte für die Menschen bei Hitze unangenehm sind. Die angebotenen Klimarundgänge in der Nachbarschaft, die die Wahrnehmung für be- und entlastende Räume im Quartier schärfen sollen, nahm die Bevölkerung zunehmend an. Im Projekt wird gefühltes Wissen durch wissenschaftliche Daten und Beobachtungen untermauert, etwa mit Klimastationen, die durch Kitas betreut werden. „Das motiviert, etwas zu verändern, weil es überzeugt, und es sind gute Argumente für die Finanzierung konkreter Maßnahmen“, erklärt die Projektmanagerin für KiezKlima.

Erkenntnisse teilen

Neben den konkreten Anpassungen für die Menschen im Quartier Brunnenstraße will das Pilotprojekt KiezKlima deutlich über den Kiez hinaus wirken: Exemplarisch soll gezeigt werden, welche Art der Beteiligung und Akteursansprache sich für die Umsetzung von gesundheitsrelevanten Klimaanpassungsmaßnahmen auf Quartiersebene eignet und mit welchen konkreten Maßnahmen auf das lokale Mikroklima reagiert werden kann. Damit stellt KiezKlima übertragbare Erkenntnisse für andere Quartiere zur Verfügung und ein anwendbares Instrumentarium, um gesundheitlichen Risiken, verursacht durch klimawandelbedingte Umweltbelastungen, entgegenzuwirken.

Projektangaben KiezKlima

Zeitraum	2014 bis 2017
Finanzierung	300.000 Euro
Projektpartner	Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel des BMUB; Soziale Stadt; degewo L.I.S.T. GmbH; Fachgebiet Klimatologie der Technischen Universität Berlin, EPC Eimer Projekt Consulting; CQ Beratung+Bildung GmbH; Bureau Baubotanik; Forschungszentrum Jülich GmbH; Quartiersmanagement Brunnenstraße; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt; Bezirksamt Mitte; degewo
Kontakt	Eva Wiesemann ewiesemann@list-gmbh.de

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	Brunnenviertel-Brunnenstraße
Kommune, Land	Berlin
Laufzeit	seit 2005
Einwohnerzahl	12.800
Größe	57 Hektar





Gartenstadt Drewitz, Potsdam

„Wir sind noch lange nicht fertig in Drewitz, müssen aber gleichzeitig schon daran arbeiten, das Geschaffene zu bewahren. Der Stadtteilpark muss in seiner Qualität erhalten bleiben, die Teilhabe der Bewohner verstetigt und die Stadtteilschule mit dem Begegnungszentrum oskar braucht auch weiterhin die notwendige Unterstützung. Vor allem muss es auch in Zukunft gelingen, nach der Sanierung sozialverträgliche Mieten anzubieten.“

Carsten Hagenau, Projektentwickler und Mitglied im Stadtteiltrat

Die Plattenbausiedlung Drewitz am südöstlichen Stadtrand von Potsdam wurde erst in den 1990er Jahren ohne jegliche Wohnumfeldgestaltung fertiggestellt. Der Stadtteil zeichnete sich durch günstige Mieten aus, da aufgrund des Baualters keine Sanierungen und dadurch bedingte Mieterhöhungen anstanden. Gemeinsam mit dem angrenzenden Stadtteil Am Stern bildet Drewitz eine Gebietskulisse der Sozialen Stadt.

Der Stadtteil stand im Laufe der Jahre vor vielen städtebaulichen und sozialen Herausforderungen. Mit „Gartenstadt“ wurde der Entwicklungsrichtung in Drewitz schließlich ein Name gegeben, auf den sich die Akteure verständigten, auch wenn er nicht das historische Städtebaideal meinte. Ziel ist die klimafreundliche und sozialverträgliche Umgestaltung des Stadtteils mit energetisch sanierten Gebäuden und einem attraktiven, barrierearmen, grünen Wohnumfeld. In internationalen Sommercamps trugen auch Studierende aus unterschiedlichen Ländern Ideen zu seiner Weiterentwicklung zusammen. Im Wettbewerb des Bundesbauministeriums zur energetischen Sanierung von Großwohnsiedlungen erhielt 2009 das Konzept

„Gartenstadt Drewitz – energetisch stark, energisch grün“ eine Auszeichnung.

Mit Werkstattverfahren zum Masterplan

Mit breiter Beteiligung der Bevölkerung wurde das Konzept in einem mehrstufigen Werkstattverfahren mit zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und verschiedenen Arbeitsgruppen weiterentwickelt und 2011 in einem Masterplan beschlossen. Kernstück des Plans und der Diskussionen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern war der Umbau der überdimensioniert breiten Durchgangsstraße zum Stadtteilpark. Trotz starker Lärmbelastung aufgrund des Straßenverkehrs sorgte sich die Bewohnerschaft zunächst vor allem um wegfallende Parkplätze beim Rückbau der Straße. Die neue Qualität des Wohnumfeldes durch zusätzliche Grün- und Spielflächen überzeugte am Ende aber die große Mehrheit von der Notwendigkeit des Umbaus. Damit konnten der Mehrfachbelastung entgegen gewirkt und neue Freiraumressourcen für die Bevölkerung erschlossen werden. 2014 erhielt das Gartenstadt-konzept den deutschen Städtebaupreis.

Stadtteilpark und Grünes Kreuz

Der Individualverkehr wurde auf jeweils eine Richtungsfahrbahn entlang des neuen Parks reduziert. Die Straßenbahntrasse wurde nicht verändert, sie begleitet den neu geschaffenen Park am Rand. So blieb genügend Raum für unterschiedliche Spiel- und Aufenthaltsbereiche. Pflanzbeete, Wasserbecken, neue Wege, Spielgeräte, attraktive Sitzmöglichkeiten und kleine Kletterfelsen prägen den Grünraum. Weiterer Bestandteil des Gartenstadtkonzepts ist die Umsetzung des Grünen Kreuzes – eine befahrbare grüne Wegeverbindung zwischen dem Naherholungsgebiet Parforceheide und dem Einkaufszentrum Stern-Center, die den Stadtteilpark kreuzt und zum Spaziergehen einlädt. Zur Realisierung war ein Rückbau von zwei Hausaufgängen eines Wohngebäudes notwendig. Im Schnittpunkt von Stadtteilpark und Grünem Kreuz soll ein kleines Café entstehen.

Ein Vorzeigeprojekt ist neben einer Vielzahl weiterer Projekte im Stadtteil, wie zum Beispiel Grünpflege-Patenschaften in einem Hofprojekt mit Regenwasserversickerung, der Umbau der Grundschule in eine Stadtteilschule. Über eine anteilige Förderung der Sozialen Stadt und kommunale Mittel ist es gelungen, das Begegnungszentrum oskar in die Schule zu integrieren und für das Quartier zu öffnen.

Engagement und Perspektiven

Im Stadtteil gibt es eine Vielzahl engagierter Akteure. Mit der Bürgervertretung Drewitz wurden 2011 erstmals in Potsdam 15 Bewohnerinnen und Bewohner für die Mitarbeit in das Stadtteilgremium gewählt. Zudem beteiligen sich der Stadtteilrat Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld und die Initiative Bürgeraktiv an den Diskussionen zu den Planungen für das Quartier.

2013 wurden die Inhalte der bisherigen Planungen zusammengeführt und das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept erarbeitet. Das Konzept bildet die Grundlage für die energetische Erneuerung bis 2025/2050 und zeichnet den Weg zu einem grünen und emissionsfreien Stadtteil. Drewitz ist damit Pilotprojekt des Landes Brandenburg zum Thema „energetischer Umbau und Quartier“ sowie Modellvorhaben des KfW-Programms Energetische Stadtsanierung und wurde 2014 mit dem kommunalen Klimaschutzpreis prämiert. Seit 2016 erhält der Stadtteil grüne Fernwärme und mit einer Power-to-heat-Anlage wird der nächste Schritt zur energetischen Erneuerung gegangen.

Projektangaben Stadtteilpark und Grünes Kreuz

Zeitraum	seit 2009
Finanzierung	circa 7 Millionen Euro EFRE Nachhaltige Stadtentwicklungsstrategie; Soziale Stadt
Projektpartner	Städtisches Wohnungsunternehmen Pro Potsdam; Projektkommunikation Hagenau GmbH; Stadt Potsdam mit dem Entwicklungsbeauftragten für Neubaugebiete; Bürgervertretung Drewitz; Stadtteilrat Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld; Bürgeraktiv Drewitz
Kontakt	Karin Juhász karin.juhasz@rathaus.potsdam.de

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	Potsdam Stern/Drewitz
Kommune, Land	Potsdam, Brandenburg
Laufzeit	seit 1999
Einwohnerzahl	18.800
Größe	218 Hektar





Lärmschutz- maßnahme Bahlsen, Barsinghausen

„Es ist viel ruhiger geworden. Und wir wünschen uns schon lange einen Ort, an dem wir uns treffen und gemeinsam grillen können.“
Celile Deniz, Bewohnerin

Die Keksfabrik Bahlsen, die am Standort des Mittelzentrums Barsinghausen in der Region Hannover circa 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, grenzt mit ihren Produktionsanlagen und dem Mitarbeiterparkplatz an die Wohnsiedlung Goethestraße. Zur Standortsicherung der Firma war eine Erweiterung der Produktionszeiten auf den Drei-Schicht-Betrieb erforderlich. Der dadurch entstehende zusätzliche Zu- und Abfahrtsverkehr der Lastkraftwagen und der Belegschaft hätte hohe Lärmemissionen zur Folge gehabt und das Wohnquartier, insbesondere in den Nachtzeiten, zu stark belastet. In Kooperation mit der Firma Bahlsen wurde nach Möglichkeiten gesucht, den Standort und die Wohnqualität für die Bewohnerschaft des benachbarten Quartiers zu sichern. Dabei stand der Abbau der Mehrfachbelastung im Soziale Stadt-Gebiet, verursacht durch Lärmemissionen sowie fehlende attraktive Grün- und Kinderspielflächen, im Vordergrund.

Vom Parkplatzlärm zum Stadtteilpark

Gemeinsame Ausgangsbedingung für eine Neustrukturierung war, die Verlegung der Werkszufahrt und die Neuanlage eines Mitarbeiterparkplatzes zu ermögli-

chen. Beides konnte die Stadtverwaltung zusammen mit dem Unternehmen realisieren. Sowohl die neue Zufahrt als auch der neue Parkplatz liegen nun weit genug entfernt, auf der von der Wohnsiedlung abgewandten Seite, direkt an der nördlichen Umgehungsstraße der Stadt. Der Anlieferungsbereich wurde zudem mit aktiven Lärmschutzmaßnahmen ausgestattet. Zusätzlich ist neben dem neuen Mitarbeiterparkplatz ein öffentlicher Radweg entstanden, der an das regionale Radwegenetz angeschlossen ist. Für die nun nicht mehr benötigten ehemaligen Parkplatzflächen wurde ein Flächentausch zwischen der Stadt und der Firma Bahlsen vorgenommen. Hier wird ab 2016 eine öffentliche Grünfläche für Freizeit, Spiel und Sport für den Stadtteil entstehen.

Gute Zusammenarbeit

Für das Projekt war es förderlich, dass in der Verwaltung der Stadt Barsinghausen die Abteilungen für Planung, Tiefbau, Umwelt und Verkehr in einem Fachbereich zusammenarbeiten und damit Einigungsprozesse erleichtert werden. Die Einbeziehung der Bewohnerschaft gelang über die Planer und das vor Ort tätige Quartiersmanagement.

Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Soziale Stadt-Quartiers wurde ab 2014 die Planung für den Stadtteilpark entwickelt. Der beauftragte Stadtplaner, die Quartiersmanagerin und die Stadtplanerin der Verwaltung trafen sich mit verschiedenen Bewohnergruppen. Gemeinsam führten sie mehrere Veranstaltungen für die Zielgruppen durch. Anhand eines Modells wurde mit der Bewohnerschaft über die künftige Gestaltung der Fläche diskutiert.

Für die Jugendlichen soll ein Teil der ehemaligen Parkplatzfläche als Rollsportanlage für Skating, BMX und Inliner umgestaltet werden. Die restliche Parkplatzfläche wurde rückgebaut und mit dem Erdaushub der neuen Parkplatzanlage kann nun eine Geländemodellierung erfolgen. Ein dringend benötigter Kinderspielfeld soll entstehen, der bisher im Wohnquartier fehlt. Die geplante Anlage eines interkulturellen Gemeinschaftsgartens wird insbesondere von den Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund gewünscht. Eine besondere Note bekommt der Park durch eine bereits bestehende, direkt angrenzende Pferdekoppel des benachbarten Reitvereins, dessen Standort im Rahmen der Planung optimiert wird. Der Ausbau des neuen Stadtteilparks wird in mehreren Stufen erfolgen, wofür weitere Fördermittel der Sozialen Stadt bereitgestellt werden.

Projektangaben Lärmschutzmaßnahme Bahlsen

Zeitraum	seit 2010
Finanzierung	circa 2 Millionen Euro Soziale Stadt
Akteure	Fachdienst Planen und Bauen; Quartiersmanagement; Sanierungsträger
Kontakt	Barbara Boss barbara.boss@stadt-barsinghausen.de

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	Goethestraße-Bahlsen
Kommune, Land	Barsinghausen, Niedersachsen
Laufzeit	seit 2009
Einwohnerzahl	1.800
Größe	58 Hektar





Wohnen am Ring, München

„Der Piusplatz wird viel stärker genutzt als vor der Umgestaltung und ist ein richtiger Treffpunkt für die Bewohnerschaft. Das könnte auch daran liegen, dass es durch die Lärmschutzwand viel leiser geworden ist.“

Meike Schmidt, Quartiersmanagement Ramersdorf / Berg am Laim

Über den Mittleren Ring in München fahren täglich bis zu 150.000 Fahrzeuge. Entlang des Straßenrings befindet sich in einigen Abschnitten eine dichte Wohnbebauung. Die Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner mit Lärm und Schadstoffen sind entsprechend hoch. Um den Wohnstandort und die Wohnqualität zu stärken, hat der Münchner Stadtrat im Jahr 2001 das Handlungsprogramm Mittlerer Ring beschlossen. Mit dem daraufhin initiierten kommunalen Zuschussprogramm Wohnen am Ring werden seitdem Maßnahmen gefördert, die möglichst große Lärmschutzeffekte erreichen. Das Programm soll Grundstückseigentümern und Bauherren entlang des Mittleren Rings einen Anstoß geben, geeignete Maßnahmen durchzuführen, um den Lärmschutz zu verbessern. Gefördert werden sowohl Maßnahmen im Bestand als auch der Neubau von Wohngebäuden.

Von dieser Lärmproblematik sind zwei Gebiete der Sozialen Stadt betroffen, die am Mittleren Ring liegen. Insbesondere im Gebiet Innsbrucker Ring/Baumkirchner Straße führt der Mittlere Ring durch dichte Wohnbebauung. Die Wohnungen in dem Bereich sind im städtischen Vergleich preisgünstig und somit ein wichtiger Bestandteil des lokalen Wohnungsmarktes. Durch die Verbindung mit dem Programm Soziale Stadt und die Aufnahme des Lärmschutzes in die Zielsetzungen des integrierten städtebaulichen Entwicklungskon-

zepts für das Quartier ist es möglich, auch weiteren negativen Lärmfolgerscheinungen über geförderte Maßnahmen zu begegnen. So wurden in dem mehrfach belasteten Quartier auch Grünflächen aufgewertet, ihr Zugang erleichtert und die Aufenthaltsqualität über einen Lärmschutz qualifiziert.

Bauliche Lärmschutzmaßnahmen

Viele Lärmschutzmaßnahmen wurden bereits durchgeführt. Das Spektrum reicht von einfachen, aber wirksamen Maßnahmen wie dem Anbringen von Schiebeläden vor den Fenstern oder der Verglasung von Balkonen bis zum Neubau von Wohnungen mit Lärmschutzbauten. Mit innovativen Bautechniken wie kontrollierten Lüftungsanlagen oder schallabsorbierenden Elementen wurde eine Reduzierung der Lärmimmissionen erreicht. Auch bestehende Gebäude wurden saniert und die Grundrisse so umgestaltet, dass sich die Hauptaufenthaltsräume zur ruhigen Seite orientieren.

Problematisch in Bezug auf die Lärmbelastung waren unter anderem die offenen Zeilenbauten, die quer zum Mittleren Ring ausgerichtet sind, wodurch der Verkehrslärm in die Innenhöfe eindringt. Um dem zu begegnen, ließ die kommunale Wohnungsbau-gesellschaft GEWOFAG am Innsbrucker Ring einen

Lärmschutzbau errichten, der als Kopfbau die Höfe der dahinter liegenden Zeilenbebauung komplett schließt. Die Straßenfassade wurde als verglaste Laubengang gestaltet. Mit dem Neubau wurden 50 neue Wohnungen geschaffen und gleichzeitig die Wohnqualität in den dahinter liegenden Häusern erhöht. Die Haustiefe wurde mit sechs Metern bewusst schmal gehalten, um eine ausreichende Belichtung von der ruhigen Westseite zu ermöglichen. Die Zielwerte des Schallpegels wurden erreicht. Auch die grünen Höfe sind nun wieder ruhig und haben eine große Nutzungsqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner.



Schallschutz für Grünflächen

Eine bessere Aufenthaltsqualität wurde auch für Grünanlagen erreicht. Die Grünfläche des Piusplatzes, die zentrale Freifläche in dem benachteiligten Quartier, wurde durch eine verglaste Lärmschutzwand vor den Immissionen des Mittleren Rings geschützt. Ein ruhiger Platzbereich ist als Senkgarten entstanden, der zudem mit Kletterelementen zum Bouldern ausgestattet wurde. Der gesamte Grünbereich, der sich in die Wohnbebauung hineinzieht, wurde gestalterisch aufgewertet und damit seine Nutzungsqualität deutlich gesteigert. Über 400 Anwohnerinnen und Anwohner hatten ihre Ideen zur Neugestaltung in mehreren Veranstaltungen eingebracht, die das Quartiersmanagement organisierte. Die neuen Spielplätze und Aufenthaltsbereiche sind wichtige Treffpunkte für Kinder und Eltern, Jugendliche und alte Menschen geworden. Regelmäßig finden Mitmach-Aktionen auf dem Platz statt, die der Stadtteilcoach begleitet.

Die wichtigsten Partner in der Umsetzung des Programms Wohnen am Ring sind die städtischen Wohnungsgesellschaften. Sie haben die Chancen der Aufwertung ihres Wohnungsbestandes über die Förderung wahrgenommen. Das Programm Wohnen am Ring ist bereits verlängert worden und wird voraussichtlich auch 2017 noch eingesetzt werden.

Projektangaben Wohnen am Ring	
Zeitraum	seit 2001
Finanzierung	circa 7 Millionen Euro Kommunales Programm, Soziale Stadt
Projektpartner	Referat für Stadtplanung und Bauordnung; städtische Wohnungsbaugesellschaften; Sanierungstreuhanderin; private Grundstückseigentümer
Kontakt	Marco Hölzel marco.hoelzel@muenchen.de

Gebietsangaben Soziale Stadt	
Programmgebiet	Innsbrucker Ring/Baumkirchner Straße
Kommune, Land	München, Bayern
Laufzeit	seit 2005
Bevölkerung	24.600
Größe	circa 200 Hektar





Schule im Wald®, Berlin

„Der Wald kommt in die Schule.“
Schülerin aus dem Quartier Schillerpromenade

Viele der Kinder aus den an dem Patenförsterprojekt beteiligten Berliner Gebieten der Sozialen Stadt waren vor dem Projekt noch nie in einem Wald. Die wohnortnahen Grünflächen in den Kiezen sind oft übernutzt. Die Quartiere sind gekennzeichnet durch eine hohe bauliche Dichte mit wenig Raum für Naturerfahrung und kreatives Spielen. Diese Defizite lassen sich vor Ort nur begrenzt abbauen. Das Projekt Schule im Wald® hat deshalb eine andere Richtung eingeschlagen: Wenn Natur vor Ort im Quartier für die Kinder nicht erlebbar ist, dann müssen die Kinder in die Natur. Mit Unterstützung der Sozialen Stadt und der Berliner Forsten bringt das Projekt deshalb die Schule in den Wald, und manchmal auch den Wald in die Schule.

Wald macht Schule

Begonnen hatte Schule im Wald® im Berliner Reuterkiez mit sechs Klassen. Idee und Konzept für das Projekt entwickelte eine Sozial- und Naturpädagogin. Dass sich der Mangel an Naturerfahrung von Kindern in innerstädtischen Quartieren negativ auf eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung auswirkt, hatte sie beschäftigt. Für ihre Projektidee gewann sie die Unterstützung der Berliner Forsten, der beteiligten Schulen und des

Quartiersmanagements. Inzwischen umfasst das Projekt insgesamt 30 Klassen und acht Kitagruppen in drei Quartiersmanagementgebieten. Einmal im Monat geht es für jede Gruppe in den Wald, bei fast jedem Wetter. Dort schulen die Kinder ihre Sinne, lernen zu beobachten und mit Werkzeugen umzugehen. Sie erforschen Pflanzen und Tiere und erwerben Wissen über Lebenszusammenhänge im Wald.

Anfangs gibt es bei den Kindern oft Berührungsängste. Der Wald ist für viele fremd: unbekannte Tiere und Pflanzen, Geräusche und Gerüche. Es geht darum, die Kinder behutsam und auf vielfältige Weise an einen unbekanntem Raum heranzuführen und ihnen mehr Selbstsicherheit zu geben – eine Kompetenz, die die Kinder in allen Lebensbereichen brauchen und die ihren Umgang miteinander und mit der Natur positiv beeinflusst. Durch den Kontakt zu den Patenförstereien lernen die Kinder zudem neue Berufsbilder kennen: Dass es zum Beispiel nicht nur Förster, sondern auch Försterinnen gibt, stellt auch gewohnte Geschlechterrollen in ein anderes Licht. In Waldlerntagebüchern halten die Kinder das Erlebte und Gelernte fest. Und außerhalb der Waldtage beschäftigen sich die Gruppen in der Schule an Projekttagen mit Natur in der Stadt.

Interdisziplinäre Methodik und Kooperation

Die Gruppen werden kontinuierlich von einem gleichbleibenden Team aus zwei pädagogischen Fachkräften begleitet. Aktuell arbeiten elf Pädagoginnen und Pädagogen im Projekt und entwickeln es fortlaufend weiter. Schule im Wald® verbindet Methoden der Natur-, Wald-, Erlebnis- und Wildnispädagogik mit dem Ziel, eine Bindung zur Natur aufbauen zu können und soziale Kompetenzen der Kinder zu stärken. Das erfordert eine fachübergreifende Zusammenarbeit. Im Projektteam vertreten sind Fachleute aus Wildnis-, Umwelt- und Naturpädagogik. Ermöglicht wird ihre Arbeit durch den Träger Schreberjugend Berlin, der sich um die gesamte Administration, Antragstellung, Abrechnung und Akquise von Kooperationspartnern und Fördermitteln kümmert. Entscheidend für das Projekt ist die Unterstützung durch die Berliner Forsten in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, die den Kontakt zu den Patenförstereien hergestellt hat und das Projekt begleitet.

Hürden und nachhaltige Perspektiven

2012 übernahm die Schreberjugend Berlin das Projekt. Es war das erste Soziale Stadt-Projekt für den recht kleinen und im Programm noch unerfahrenen Träger. Die Quartiersmanagements unterstützen hier maßgeblich bei der Antragstellung und Abrechnung. Es ist schwierig, mit befristeten Fördermitteln Nachhaltigkeit herzustellen, die für solche Projekte nötig wäre. Das treibt den Projektleiter besonders um. Obwohl er inzwischen geübt im Verfahren der Soziale Stadt ist, kann er die nötige zusätzliche Mittelakquise kaum leisten. Und dennoch gelang es, zusätzlich zur Förderung durch die Soziale Stadt weitere Förderquellen zu finden, wie etwa die Deutsche Wildtier Stiftung. Auch das Berliner Bonusprogramm für Schulen trägt finanziell bei. Der Bildungsverbund Reuterkiez hat zudem selbst eine erfolgreiche Crowdfunding-Kampagne für das Projekt gestartet.

Die teilnehmenden Schulen und Kitas wünschen sich Schule im Wald® als festen Bestandteil in ihrem Lehrprogramm und bemühen sich um Finanzierung aus dem meist knappen Schulbudget. Vor allem aber tragen die Kinder selbst als Multiplikatoren zur nachhaltigen Wirkung des Projektes bei: Mit ihrer Begeisterung zum Projekt überreden sie zum Beispiel auch ihre Eltern, an Wochenenden und in den Ferien häufiger mit ihnen in den Wald zu gehen. Der positive Effekt des Projektes für die Verbesserung der Umweltgerechtigkeit wird dadurch verstärkt, denn Schule im Wald® erreicht so über die Kinder noch mehr Menschen und eröffnet ihnen einen oftmals ebenso neuen Zugang zu Natur und Bewegung.

Projektangaben Schule im Wald

Zeitraum	seit 2008
Finanzierung	circa 35.000 Euro im Jahr pro Gebiet Soziale Stadt; Berliner Bonusprogramm zur Unterstützung von Schulen; Berliner Forsten; Deutsche Wildtier Stiftung
Projektpartner	Deutsche Schreberjugend Landesverband Berlin e.V.; vier Quartiersmanagements; Berliner Forsten; zehn Schulen und sechs Kitas
Kontakt	Oliver Gellert oliver.gellert@schreberjugend.berlin

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	drei Soziale-Stadt-Gebiete in Berlin-Neukölln und Berlin-Mitte
Kommune, Land	Berlin
Laufzeit	versetzt seit 1999
Einwohnerzahl	8.500 bis 23.000
Größe	20 bis 70 Hektar





Unser Hahnenbach & Zauberwelt Wasser, Emschertal

„Der Emscherumbau wirkt sich nicht nur auf die Gewässer aus. Er strahlt in die Stadtteile hinein, betrifft das direkte Umfeld und den Alltag der Menschen. Deshalb begriffen wir: Emscherumbau und Stadtteilentwicklung gehören zusammengedacht. Und damit haben wir viele überzeugen und gewinnen können.“
Sebastian Ortman, Emscherengenossenschaft

Wie viele offene Abwasserkanäle im Emschertal des nördlichen Ruhrgebietes war auch der Hahnenbach lange mit Geruchsbelästigung für die Bewohnerschaft verbunden. Der Hahnenbach war physische Barriere im Stadtteil Gladbeck Brauck und auch für die Artenvielfalt eine trostlose Umgebung. Nach 80 Jahren ist nun aus einem gemiedenen und unattraktiven Ort ein vielfältiger Naherholungs-, Lern- und Naturraum mit Erlebnispfad geworden. Neue Fuß- und Radwege erleichtern die Erreichbarkeit der Stadtteile. Und es riecht auch nicht mehr unangenehm im Stadtteil. Denn mit den Abwasserkanälen ist der Gestank im Zuge des überregionalen Emscherumbaus unter die Erde verschwunden.

Wasser und Quartier zusammendenken

Dass sich ein 4,5-Milliarden-Euro-Vorhaben wie der Emscherumbau im Ruhrgebiet mit Quartiersentwicklung beschäftigt, ist keine Selbstverständlichkeit. Doch betrachtet man den Verlauf der Abwasserkanäle, wird deutlich: Die von den Auswirkungen der fließenden Abwässer betroffenen Nachbarschaften sind häufig sozial benachteiligte Gebiete, einige davon im Programm Soziale Stadt. Neben einem ökologischen und ökonomischen Auftrag sieht sich die Emscherengenossenschaft, die das Gewässer umbaut, auch einem sozialen

Auftrag verpflichtet. Deshalb werden Emscherumbau und Stadtentwicklung zusammengedacht – von den Landesministerien bis hin zum Stadtteil. Ein für diese Zusammenarbeit in der ganzen Region entscheidender Durchbruch war die mit Unterstützung des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen gegründete Kooperation „Gemeinsam für das neue Emschertal“.

Engagement mit Schneeballeffekt

Ab 2007 entwickelten die Emscherengenossenschaft, die Stadt Gladbeck und das Stadtteilmanagement erste gemeinsame Ideen, wie der Hahnenbach für Mensch und Umwelt positiv verändert werden kann. Während eines Runden Tisches entstand die Projektidee Unser Hahnenbach. Das Landschaftsarchitekturbüro Hoff wurde mit der Planung beauftragt. Zusätzlich zu Mitteln der Sozialen Stadt und der Emscherengenossenschaft wurden erfolgreich Fördergelder beim Ökologienprogramm Emscher/Lippe beantragt. Von Anfang an war eine vielfältige Bürgerbeteiligung Bestandteil des Vorhabens. Diese begann mit einer Ideenschmiede beim Stadtteilstift. Dabei wählten die Bewohnerinnen und Bewohner eine Hahnenfigur als Symbol, die die sieben Stationen des Erlebnispfades am Hahnenbach ziert. Entscheidend für den Prozess war, dass die an-

sässige Bevölkerung die mit dem Umbau verbundenen Belastungen kennenlernen und akzeptieren konnte. Der Bau dauerte mehrere Jahre und ging natürlich mit Lärmbelastigungen einher. Die regelmäßige Präsenz der Emschergenossenschaft, das große Engagement der Stadt Gladbeck und die intensive Vernetzungs- und Koordinationsarbeit des Stadtteilmanagements waren Schlüsselfaktoren für die Akzeptanz und das wachsende Engagement der Bevölkerung.

Vom Wasser lernen

Wie können wir die komplexen technischen und ökologischen Zusammenhänge rund um den Umbau des Hahnenbachs den Kindern in Kitas und Schulen verständlich machen? Ausgelöst durch diese Frage aus dem Stadtteil entstand ein über das Emschertal hinaus bekanntes Folgeprojekt, das maßgeblich mit Mitteln der Sozialen Stadt finanziert wurde. In dem amphitheaterartigen Blauen Klassenzimmer am Hahnenbach beobachten und erforschen Schul- und Kita-Gruppen die Zauberwelt Wasser. Diesen Namen trägt auch die umfassende Lernmaterialsammlung, die ein ehrenamtlicher pädagogischer Rat aus Lehrerinnen und Lehrern der Stadtteile Gladbeck Brauck und Recklinghausen Süd zusammen mit Ökologie-Fachleuten der Emschergenossenschaft erarbeitet hat. Mehrmals war die Region aufgerufen, Experimente rund um die Zauberwelt Wasser einzusenden, die schließlich im Projekt für Print und Web aufbereitet und veröffentlicht wurden. Aus einer Bürde ist der Hahnenbach zu einem Symbol mit hoher Identitätswirkung für den Stadtteil Gladbeck Brauck geworden. Sein Erfolg regte die Planung weiterer Projekte im Zuge des Emscherumbaus an, die ebenso zu mehr Umweltgerechtigkeit beitragen.

Projektangaben Unser Hahnenbach und Zauberwelt Wasser	
Zeitraum	seit 2007
Finanzierung	Unser Hahnenbach: 400.000 Euro Soziale Stadt; Ökologieprogramm Emscher/Lippe; Emschergenossenschaft; Stadt Gladbeck Zauberwelt Wasser: 200.000 Euro Soziale Stadt; Emschergenossenschaft
Projektpartner	Emschergenossenschaft; Stadt Gladbeck; Stadt Recklinghausen; Stadtteilmanagement; Landschaftsarchitekturbüro Hoff; Pädagogischer Rat; Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW; Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW
Kontakt	Sebastian Ortman ortmann.sebastian@eglv.de

Gebietsangaben Soziale Stadt	
Programmgebiet	Gladbeck Brauck
Kommune, Land	Nordrhein-Westfalen
Laufzeit	seit 2003
Einwohnerzahl	17.300
Größe	610 Hektar





Gesundheits- netzwerk, Nürnberg

„Das Besondere an unserem Gesundheitsnetzwerk ist, dass die Techniker Krankenkasse ganz unkompliziert einen Verfügungsfonds für Mikroprojekte zur Gesundheitsförderung und Prävention im Stadtteil bereitgestellt hat.“
Eva Göttlein, Projektkoordinatorin

Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen im Nürnberger Stadtteil St. Leonhard wiesen auf große Defizite der motorischen Fähigkeiten der Kinder sowie deutliche Lücken bei der Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen hin. Eine wissenschaftliche Untersuchung der Universität Erlangen-Nürnberg zur gesundheitlichen Situation der Kinder im Grundschulalter bestätigte diese Problemlage in dem mehrfach belasteten Quartier, das über wenig Grünflächen verfügt, stark versiegelt ist und aufgrund einer Ausfallstraße erheblichen Lärm- und Feinstaubwirkungen ausgesetzt ist. Daher wurden Ziele zur Verbesserung der Gesundheitssituation und der Aufbau eines Gesundheitsnetzwerkes für das Quartier im integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept verankert.

An Stadtteilstrukturen anknüpfen

Gute Anknüpfungsmöglichkeiten für das neue Gesundheitsnetzwerk gab es zum etablierten Stadtteilarbeitskreis, in dem sich bereits alle Fachämter, Akteure und sozialen Einrichtungen im Quartier für die Zielgruppen Kinder, Jugend und Senioren regelmäßig

treffen. Diese gut funktionierenden Stadtteilstrukturen waren über das Programm Soziale Stadt und die Stadtteilkoordination aufgebaut worden. Für die Schaffung des Gesundheitsnetzwerkes wurden zunächst Mittel des Programms Soziale Stadt genutzt. In der Folgezeit beteiligten sich die Fachbereiche Soziales, Gesundheit, Jugend, Stadtplanung, Schule und Sport der Stadt Nürnberg anteilig an der Finanzierung der Koordination.

Die Netzwerk-Koordinatorin nahm Kontakt zu allen sozialen Einrichtungen im Quartier auf und traf dort auf offene Ohren. Es gab viele Ideen, für die jedoch eine Anschubfinanzierung fehlte. Mit Hilfe der Techniker Krankenkasse schuf sie einen Verfügungsfonds für Gesundheitsprojekte, in dem jährlich bis zu 30.000 Euro bereitgestellt wurden.

Im Sinne der Nachhaltigkeit wurden alle Projekte zusammen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtungen durchgeführt, um Anregungen und Anleitungen für eine spätere selbstständige Durchführung in den Einrichtungen zu entwickeln.

Viele kleine Projekte

60 Mikroprojekte wurden in fünf Jahren in den Kitas, Schulen und sozialen Einrichtungen des Quartiers mit insgesamt 100.000 Euro der Krankenkasse gefördert. Sponsorengelder kamen hinzu. Mehr als 25 Presseartikel sorgten dafür, dass das Netzwerk im Quartier bekannt wurde. Projekte wie Freche Früchtchen und WinterWurzelBilderKüche leiteten die Kinder zu gesunder Ernährung an. Ein Gesundheitsstadtplan entstand und viele Einrichtungen nahmen die spielerische Bewegungsförderung der Kinder in ihr Programm auf.

In angeleiteten Gruppen erkundeten Kinder ihr Quartier, um die wenigen vorhandenen Freiflächen besser kennenzulernen und gemeinsam spielerisch zu nutzen. Sie übten die Wege zu den Grünflächen ein, um sie später mit ihren Freundinnen und Freunden zu gehen. In acht verschiedenen Einrichtungen gründeten sich Gartenarbeitsgemeinschaften. Gemeinsam mit den Kindern wurden Minigärten und Hochbeete angelegt und bepflanzt. Mit viel Spaß pflegen die Kinder den Garten und bauen Obst und Gemüse an. Die Ernte wird in gemeinsamen Kochevents verwertet. Ein jährlich stattfindender Ernährungs- und Bewegungstag wurde etabliert, der Aktionen an den Schulen bündelt und die Kinder spielerisch an die Themen heranführt.

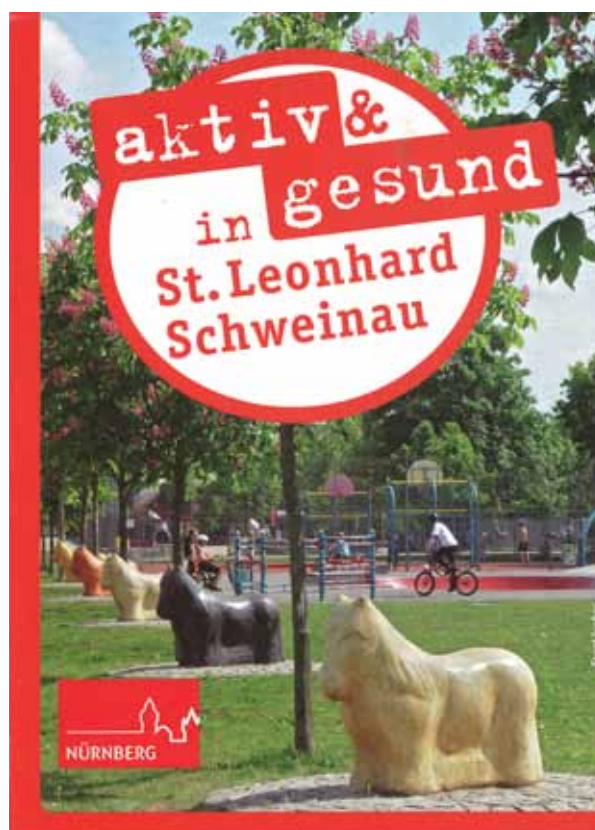
Nach sechs Jahren Förderung geht das Netzwerk nun in eine neue Phase, fortan ohne Projektkoordinatorin und die Förderung der Krankenkasse. Im Gesundheitsamt wird der Bedarf für Gesundheitsangebote im Stadtteil jedoch weiterhin gesehen. Eine Mitarbeiterin des Amtes wird daher künftig als Ansprechpartnerin bereitstehen. Wichtige kleine Projekte können über die Verfügungsfonds des Quartiersmanagements und der Stadtteilkoordination weitergeführt werden.

Projektangaben Gesundheitsnetzwerk

Zeitraum	2010 bis 2015
Finanzierung	290.000 Euro Soziale Stadt; Techniker Krankenkasse; Stadt Nürnberg; Sponsoren
Projektpartner	Projektagentur Göttlein; Quartiersmanagement und Stadtteilkoordination St. Leonhard; Stadtplanungsamt; Gesundheitsamt; Jugendamt; Sportservice; Schulamt
Kontakt	Hermann Weichselbaum hermann.weichselbaum@stadt.nuernberg.de

Gebietsangaben Soziale Stadt

Programmgebiet	St. Leonhard/Schweinau
Kommune, Land	Nürnberg, Bayern
Laufzeit	seit 2008
Einwohnerzahl	16.600
Größe	143 Hektar



Bausteine für Umweltgerechtigkeit

Stadtteilstefte, Frühlingsputz, interkulturelles Kochen – Events und Aktionen dieser Art sind oft feste Bestandteile zur Beteiligung und Aktivierung der Nachbarschaft in der Sozialen Stadt. Im Rahmen dieser Veranstaltungen lassen sich kleine Bausteine zur Umweltgerechtigkeit einbauen. Ein Quiz zu Umwelt und Gesundheit beim Straßenfest, besondere Pflege von ruhigen Schattenplätzen im Quartier oder eine gesunde Suppe mit Kräutern aus dem Schulgarten – auch niedrigschwellige Maßnahmen wie diese können große

Wirkung für mehr Umweltgerechtigkeit direkt in den Nachbarschaften entfalten. Um solche Bausteine als integrative Projektbestandteile zu entwickeln, lohnt sich ein Blick durch die Brille der Umweltgerechtigkeit auf die Handlungsfelder und Vorhaben der Quartiersentwicklung. Anregungen könnten einige der folgenden Beispiele geben. Neben kostenintensiveren Maßnahmen können auch kleinere preisgünstige Schritte in Richtung Umweltgerechtigkeit zum Ziel führen.



Gesundheitspfad für alle

Trimm-Dich-Geräte sind eine Form der Bewegungsförderung im öffentlichen Raum. Die Geräte sind jedoch kostspielig und wartungsintensiv. Bei der Umwandlung einer landwirtschaftlichen und industriellen Brache in den Landschaftspark Herzberge in Berlin entschied man sich für eine andere und ganzheitliche Art der Gesundheitsförderung. In den Park wurde ein Natur- und Gesundheitsparcours integriert, der aus verschiedenen Stationen in unterschiedlichen Naturerfahrungsräumen besteht. Die jeweils dort auf Tafeln beschriebenen Übungen wirken zur Entspannung und zur Stärkung des Herz-Kreislauf-Systems und des Bewegungsapparates. Der Parcours ist ein integrales Angebot im Park, das Naturerfahrung, Kunst, Gesundheitsförderung und Erholung niedrigschwellig für alle ermöglicht.



Töne gegen den Lärm

Dauerhafte Belastungen, zum Beispiel durch Verkehrslärm, haben negative Auswirkungen auf die Gesundheit und auch auf den sozialen Umgang miteinander. Dieser Aspekt wurde im Freiraumkonzept des Modellvorhabens „Nauener Platz – Umgestaltung für Jung und Alt“ gezielt mitgedacht, denn der Platz im Berliner Soziale Stadt-Gebiet Pankstraße ist umgeben von einer starken Verkehrslärmkulisse. Neben durchgeführten Geräuschspaziergängen, die für die Wahrnehmung von Lärmbelastungen sensibilisieren sollten, wurden spezielle Stadtmöbel wie Audioringe und Ohrenbänke entwickelt, die angenehme Naturklänge erzeugen. Denn diese können Lärm regelrecht übertönen, zur Entspannung beitragen und damit die gesundheitsrelevante Belastung reduzieren.

Anruf bei Hitze

Für Projekte zur Klimaanpassung, Barrierefreiheit oder auch zur generationsübergreifenden Nachbarschaftshilfe könnte das „Hitzetelefon Sonnenschirm“ als Baustein zur Umweltgerechtigkeit inspirierend sein. Menschen im höheren Lebensalter, chronisch Kranke und Kinder sind durch das vermehrte Auftreten von Hitzewellen erheblichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Das Hitzetelefon, ein ehrenamtlich betriebener Telefondienst, informiert im Sommer zeitnah über eingehende Hitzewarnungen des Deutschen Wetterdienstes für die Stadt Kassel und klärt über gesundheitliche Gefahren auf. Bis spätestens 10 Uhr morgens wissen die registrierten Nutzerinnen und Nutzer, wie sie die wetterbedingten Gesundheitsrisiken am Tag vermeiden können.



Kinderleicht

Umweltgerechtigkeit ist ein zu sperriger Begriff und zu abstrakt, so eine verbreitete Auffassung. Umweltgerechtigkeit von klein auf (be)greifbar zu machen, ist Ziel des Projektes Faire Umwelt für Kinder des Kinder Kultur Betriebs in Berlin-Neukölln. Auf Kiezsafaris lernen Kinder im Alter von zehn bis zwölf Jahren die Sozialstruktur in ihrem Viertel kennen, messen und beobachten die dortige Umweltbelastung wie Feinstaub und Lärm und nennen ihr Anliegen beim Namen: Umweltgerechtigkeit. Ausgestattet mit Erkenntnissen, guten Argumenten, Wünschen und Ideen wenden sich die Kinder auch an Politik und Verwaltung, damit die Umweltgerechtigkeit in ihrem Viertel gemeinsam verbessert werden kann.





3 Perspektiven für Umweltgerechtigkeit

Umweltgerechtigkeit kommt als Thema Schritt für Schritt in der Stadtentwicklung an. Auf kommunaler Ebene wird die Mehrfachbelastung in den Gebieten der Sozialen Stadt erkannt und ein höherer Stellenwert der Umweltgerechtigkeit innerhalb des Programms Soziale Stadt gewünscht. Kontrovers wird allerdings auch diskutiert, ob Umweltgerechtigkeit nicht bereits ausreichend über den integrierten Ansatz und die im Programm praktizierte Mehrzielorientierung verankert ist oder ob das Anliegen explizit in den Fokus gestellt werden muss, um an Gewicht zu gewinnen.

Die Bundesebene hat dazu bereits deutlich Stellung bezogen: Mit der Fortschreibung der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2016 wird Umweltgerechtigkeit explizit in Artikel 4 aufgenommen. Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit können über das Programm Soziale Stadt gezielt gefördert werden. Und auch bei der Vorbereitung einer ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt auf Bundesebene ist Umweltgerechtigkeit ein Thema, das angesichts der Mehrfachbelastungen von Quartieren an Bedeutung gewinnt.

Perspektivisch sind Impulse für Umweltgerechtigkeit auch vom 2015 in Kraft getretenen Präventionsgesetz zu erwarten. Damit werden die Krankenkassen verpflichtet, gezielt Leistungen zur Gesundheitsförderung und Prävention in den Lebenswelten zu erbringen. Die Gebietskulissen der Sozialen Stadt zählen zu den Quartieren, die auch mit diesen Mitteln gefördert werden sollen.

Doch noch stehen die Fortschritte in Richtung Umweltgerechtigkeit erst am Anfang.

Was kann getan werden, um Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt weiter zu befördern?

Auf Länderebene könnten Arbeitshilfen zur Integration des Themas angeboten und ein interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Umweltgerechtigkeit angeschoben werden. Um einen integrierten Ansatz für mehr Umweltgerechtigkeit verfolgen zu können, sollten investive mit nicht-investiven Maßnahmen sinnvoll verschränkt werden. Zu diskutieren ist, inwiefern gesundheits- und umweltbezogene Partnerprogramme die Soziale Stadt sinnvoll ergänzen können.

Auf kommunaler Ebene sollten Strukturen für ressortübergreifendes Handeln ausgebaut werden – eine Forderung, die der Sozialen Stadt ohnehin eigen ist und im Zusammenhang mit der Umweltgerechtigkeit vor allem die Bereiche Stadtplanung, Umwelt und Gesundheit betrifft. Eine stärkere Sozialraumorientierung in Umwelt- und Gesundheitsämtern könnte die Voraussetzung dafür schaffen, ein kleinräumiges Monitoring zu gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen aufzubauen und lokale Lösungsansätze zu finden. Um der Mehrdimensionalität des Themas gerecht zu werden, könnte Umweltgerechtigkeit als Zielebene in die integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte und auch übergeordnet in kommunale Leitbilder aufgenommen werden.

Bei alledem ist zu bedenken, dass finanzielle und personelle Ressourcen für diese Aufgaben vorhanden sein müssen. Doch dabei wird es nicht immer um zusätzliche Aufgaben gehen, sondern zum Teil um einen neuen Blick auf bestehende Herausforderungen.

Bildnachweise

Titel: Hochzeitspark Marzahn, Ole Bader/sandwichpicker.com
Seite 4: Thomas Franke
Seite 5: BMUB/Harald Franzen
Seite 6: Wolf-Christian Strauss
Seite 7: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG
Seite 8: Wolf-Christian Strauss
Seite 9: Monika Schleh
Seite 10: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG
Seite 12: Michael Scheer
Seite 14 links: Irene Burkhardt Landschaftsarchitekten
Seite 14 rechts: Stadt Leipzig, Andreas Schultz
Seite 15: Stadt Leipzig, Andreas Schultz
Seiten 16 und 17: Soziale Stadt Mombach
Seiten 18 und 19: Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung
Seiten 20 und 21: InPeLa – Interkultureller Permakulturgarten Langenhorn, Cornelia Hadelor
Seiten 22 und 23: Michael Scheer
Seite 24: Katrin Kretschmer
Seite 25: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG
Seite 26 und 27: L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
Seite 28: Adam Sevens/ProPotsdam
Seite 29: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG
Seite 30: Barbara Boss
Seite 31: F. Hermann/Calenberger Ztg.
Seiten 32 und 33: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG
Seite 34: Thorsten Wiehle/Berliner Forsten
Seite 35: Cathrin Pempelfort, Schreiberjugend Berlin
Seite 36: capito, Emschergenossenschaft
Seite 37: Lyko, Emschergenossenschaft
Seite 38: Eva Göttlein
Seite 39: Ernst Jocher
Seite 40 oben: Susanne Lutz, Lebensplan
Seite 40 unten: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG
Seite 41 oben: H. A. Grewe/HS Fulda
Seite 41 unten: Steiner, Kinder Kultur Betrieb, Projekt Faire Umwelt für Kinder
Seite 42: Planergemeinschaft Kohlbrenner eG

